

— Sechszehnter Jahrgang. —

Nr. 12.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 15. bis 21. März 1907.

Posen, den 26. März 1907.

Mitglieder des Strazvereins.**Veränderungen.**

(48.)

In der Mitgliederliste sind gestrichen:

Raptur Antoni, Besitzer, Rowe Tarnowo, Kreis Kosten.
 Adamski Antoni, Arbeiter, Posen, Steinstraße 5.
 Sobocki Franciszek, Besitzer, Padniowko, Kreis Mogilno.

(49.)

In der Mitgliederliste ist gestrichen:

Malolepszy Franciszek, Landwirt, Mirotki p. Młtahn,
 Kreis Pr. Stargard, W./Pr.

(50.)

In der Mitgliederliste gestrichen:

Schwarz Andrzej, Landwirt, Glinisko, Kreis Schmiegel.				
Ratajski Józef,	"	"	"	"
Lorenz Andrzej,	"	"	"	"
Bonsiak Jan,	"	"	"	"

(51.)

In der Mitgliederliste ist gestrichen:

Drwenski Bronisław, Agent, Posen, Mühlenstraße 4

(52.)

In der Mitgliederliste ist gestrichen:

Bał Franciszek, Gastwirt, Bielsko, Kreis Strelno.

(53.)

In der Mitgliederliste sind gestrichen:

Rozkwitalski Franciszek, Landwirt, Rosenthal, Kreis
 Pr. Stargard, W./Pr.
 Wojciechowski Jan, Landwirt, Riewald, Kreis Pr.
 Stargard, W./Pr.
 Dombkiewicz Ignacy, Töpfer, Posen, Mühlenstraße.

(54.)

In der Mitgliederliste sind gestrichen:

Dr. Dziembowski Zygmunt, Rechtsanwalt, Posen,
 Bergstraße 10a (zugleich aus dem Hauptvorstande
 ausgeschieden).
 Gzechowski Ignacy, Propst, Posen, Seminarstraße 2.

(55.)

In der Mitgliederliste ist gestrichen:

Walfowiat Franciszek, Landwirt, Rozłowo p. Buł,
 Kreis Grätz.

(56.)

In der Mitgliederliste sind gestrichen:

Danecki, Telesfor, Kaufmann, Gnesen, Kreis Gnesen.
 Kosiarkiewicz, Adam, Schlosser, Gnesen,
 Pelczynski, Wacław, Baumeister, Kurnik, Kreis Schrimm.
 Chypti, Kazimierz, Kaufmann, Posen, Glogauer-
 straße 74/75.

Es sind verzogen:

nach Kulmsee, Kreis Thorn: Malczewski, Maryan,
 Kaufmann, bisher Posen, Hardenbergstraße 5.
 nach Bronke, Kreis Samter: Czarniecki, Michal, Bau-
 meister, bisher Posen, Boffestraße 21.

(57.)

In der Mitgliederliste sind gestrichen:

Pinkowski, Wolesław, Kaufmann, Strelno, Kreis Strelno.
 Zybala, Michal, Landwirt, Sulmierzyce, Kreis Adelnau.
 Włodarczyk, Jan, Arbeiter,
 Dorozalski, Bonawentura, Arbeiter, Sulmierzyce, Kreis
 Adelnau.

Krenc, Sylvester, Böttcher, Sulmierzyce, Kreis Adelnau.
 Krysmalski, Franciszek, Landwirt, Sulmierzyce, Kreis
 Adelnau.

Wesołowski, Leon, Landwirt, Sulmierzyce, Kreis Adelnau.
 Wisniewski, Marcel, Landwirt, Sulmierzyce, Kreis
 Adelnau.

Trawinski, Tomasz, Landwirt, Sulmierzyce, Kreis
 Adelnau.

Bazak, Tomasz, Landwirt, Sulmierzyce, Kreis Adelnau.
 Przybylski, Franciszek, Landwirt, Sulmierzyce, Kreis
 Adelnau.

Krawczyk, Józef, Landwirt, Sulmierzyce, Kreis Adelnau.

Migdowicz, Maciej, Landwirt, " " "

Konieczny, Andrzej, " " " "

Krenc, Marcell, " " " "

Verstorben:

Wajzla, Jan, Schmied, Sulmierzyce, Kreis Adelnau.
 Sosinski, Antoni, Landwirt, " " "

(58.)

In der Mitgliederliste sind gestrichen:

Wawrzyniak, Tomasz, Landwirt, Szewce, Kreis Grätz.
 Szalczyński, Walenty, Brennereiverwalter, Lucin, Kreis
 Schrimm.

Grabowski, Juliusz, Apotheker, Dolzig, Kreis Schrimm.
 Jachimowicz, Stanisław, Landwirt, Nowalewko, Kreis
 Obornik.

Jagielski, Marcin, Landwirt, Objezierze, Kreis Obornik.
 Koslowski, Jan, Stellmacher, Mieczajna, Kreis Obornik.
 Szezepanowski, Stanisław, Besitzer, Lubcz, Kreis Żnin.

(59.)

In der Mitgliederliste sind gestrichen:

Fabijanczyk, Josef, Arbeiter, Posen, Jesuitenstr. 11.				
Szopinski, Mathymilian, Besitzer, Posen, Jesuitenstr. 5. †.				
Gladysz, A., Kaufmann, Gnesen.				
Jarczewski, Tomasz, Landwirt, Chojno, Kr. Rawitsch.				
Grzeszkowiak, Walenty,	"	"	"	"
Wyrwala, Marcin,	"	"	"	"
Mosiek, Ignacy,	"	"	"	"
Matuszewski, Josef,	"	"	"	"
Cichy, Franciszek,	"	"	"	"
Mosiek, Jan,	"	"	"	"
Wyrwala, Franciszek, Arbeiter,	"	"	"	"
Jarczewski, Ignacy,	"	"	"	"
Macfowiak, Ignacy,	"	"	"	"
Olzaf, Pawel,	"	"	"	"
Galas, Antoni,	"	"	"	"
Jurdeczka, Szczepan,	"	"	"	"
Kwasniewski, Jan,	"	"	"	"
Szymaniak, Mateusz, Landwirt, Karschnitz, Kr. Schmiegel.				
Gieslik, Antoni,	"	"	"	"
Styza, Franciszek,	"	"	"	"
Mager, Jan,	"	Lassek, Kr. "Posen" West.		
Zuchowski, Jan,	"	Wojcin, Kr. Strelno.		

(60.)

In der Mitgliederliste ist gestrichen:

Rutkowski, Walenty, Arbeiter, Robinek, Kr. Hohensalza.

(61.)

In der Mitgliederliste sind gestrichen:

Kuleczka, Antoni, Landwirt, Kaminiec, Kr. Schmiegel.
 Chlapowski, Jan, Landwirt, Gozdziechowo, Kr. Schmiegel.
 Smolibowski, J., Kaufmann, Miloslaw, Kr. Breschen.

(62.)

In der Mitgliederliste sind gestrichen:

Hemmerling, Jan, sen., Landwirt, Trojczyn, Kr. Grätz.
 Hemmerling, Jan, jun., " " " "
 Zeidler, Michal, " " " "
 Herzog, Stanislaw, " " " "
 Obst, Antoni, " " " "

(63.)

In der Mitgliederliste ist gestrichen:

Bas, Leon, Landwirt, Johannsburg, Kr. Wirsig.

Posen, den 18. März 1907.

B e r i c h t
über den Verlauf der am 17. März von
nachmittags 5 Uhr ab im Wenclewicz'schen
Sokal in Grätz abgehaltenen Sokol-
versammlung.

Es hatten sich etwa 300 Personen eingefunden. Um $\frac{1}{2}$ 6 Uhr eröffnete der Einberußer **Knoll-Grätz** die Versammlung mit kurzer Begrüßung. Die anwesenden Lehrlinge forderte er auf meine Anordnung hin zum Verlassen des Saales auf. Den Vorsitz übernahm **Wolski-Kosten** unter Darlegung des Zwecks der Versammlung und mit der Mahnung zu ruhigem Verhalten. Zum Schriftführer wurde **Semma-Grätz** berufen. Als erster Redner trat der dem Verbandsvorstande der Sokolvereine angehörende Posener Arzt **Dr. Michalski** auf. Die Veranstaltung — so führte er aus — freue den Verbandsvorstand, der durch ihn seine Grüße sende. Der in der letzten Verbandsdelegiertenversammlung erstattete Bericht habe Unerfreuliches insofern gebracht, als er ein zwar zahlenmäßiges Anwachsen des Sokoltums verzeichnete, jedoch dessen Qualität bemängelte. Die Sokolvereine mehrten sich besonders im Westen unter dem Einfluß des in nationaler Hinsicht tüchtigen Emigrantentums, aber der Osten, die Heimat bleibe zurück. Darum sei die Abhaltung von Sokolversammlungen in der Provinz beschlossen worden, um den Mangel an Verständnis für die Zwecke und Ziele des Sokoltums zu beseitigen. Letzteres wolle körperlich starke, von Liebe zu dem polnischen Vaterlande und dem Polentum befeelte Leute erzeugen, und die Mittel hierzu seien Ausbildung des Körpers und des Geistes. Ursprünglich hätten die Sokolvereine sich nur mit der Gymnastik befaßt, doch seien sie durch die Behörden systematisch als politische Vereine behandelt und infolgedessen genötigt worden, offen als solche aufzutreten. Traurig sei es, daß das Turnen in den Vereinen so wenig gepflegt werde; als Entschuldigung führe man meist Saalmangel an; aber mit Unrecht. Wo ein Saal fehle, da könne man doch im Freien turnen, namentlich Freilübungen und Ausflüge veranstalten, schwimmen, rudern, fechten. Besonders empfehlenswert seien weite Ausflüge, da diese außer der Körperstählung Gelegenheit böten, Land und Leute kennen zu lernen. Der Pflege des Geistes diene gegenfeitige Belehrungen, Vorträge, Kurse im polnischen Lesen und Schreiben, dessen Kenntnis leider viel zu wünschen übrig lasse, die Lektüre polnischer Bücher historischen Inhalts und Vorlesungen aus diesem Gebiet, das Verteilen von polnischen Fibeln und polnischen Geschichtsbüchern an die polnische Kinderwelt. Diese seien überall für billiges Geld zu haben. In Grätz fehle es, wie man dem Redner erzählt habe, an Betätigung nach dieser Richtung hin; auch habe der hiesige Verein nicht einmal eine eigene Bibliothek.

Diese müsse jeder Sokolverein sich beschaffen, aber auch darauf halten, daß Lesestoff daraus ferngehalten werde, welcher geeignet sei, den nationalpolnischen Geist zu beflecken. Die letzte Delegiertenversammlung habe die Bildung eines Rosciuzstofonds beschlossen, welcher Zwecken der Volksaufklärung durch die Sokolvereine dienen solle. Verständnis für die Bestrebungen des Sokoltums sei, wie die zahlreiche Versammlung beweise, in Grätz offenbar vorhanden. Redner freue sich darüber und wünsche den besten Erfolg für die künftige Arbeit an der Kräftigung des Körpers und an der Pflege des nationalen Geistes.

Dr. Mäusel-Grätz bot nunmehr eine Geschichte der Entwicklung des Turnwesens und schilderte, welchen speziellen Zwecken die Körperübungen im Altertum und im Mittelalter gedient hätten und welche Bedeutung in der Neuzeit dem Turnen beigemessen werde. Schließlich ließ sich Redner breit über den wohlthätigen Einfluß aus, den das regelmäßige Turnen auf das leibliche und geistige Befinden des Menschen ausübe. Der Vortrag war durchaus objektiv gehalten und ging über den oben erwähnten Rahmen nicht hinaus.

Soborski-Kosten sprach über die Notwendigkeit der **Disziplin**. Erforderlich sei strenge Disziplin nicht nur auf dem Turnplatz, sondern auch im sozialen und politischen Leben; darum müsse sie besonders gepflegt und gefördert werden. Um nur ein Beispiel anzuführen, verweise Redner auf die Pflicht, bei politischen und Kommunalwahlen den Beschlüssen der polnischen Wahlbehörden unbedingt Folge zu leisten im nationalen Interesse und unter Hintenansehung persönlicher Antipathie gegenüber dem ausersehenen Kandidaten. Kämme es bei solchen Gelegenheiten zu beständigen Spaltungen, indem unzufriedene Minderheiten sich dem Willen der Mehrheit und der Wahlbehörden nicht unterordneten, so würden die Polen eine Geißel für ihr eigenes Fell drehen, die polnischen Kandidaten würden durchfallen und von den Feinden werde dann die Existenz des Polentums überhaupt negiert werden. Trotz hundertjähriger Knechtschaft lebten und entwickelten sich die Polen immer kräftiger, sie würden auch in der Zukunft ihre nationale Existenz behaupten, wenn sie streng auf Disziplin in ihren Reihen hielten. Schon den Kindern sei nationales Bewußtsein einzuslößen. Mangel an Disziplin wäre es, entzöge sich das polnische Kind der Pflicht, polnisch lesen und schreiben zu lernen. Von Disziplinlosigkeit in den Reihen der Gesamtheit zeuge das leichtsinnige Loschlagen von polnischem Grund und Boden an Fremde; Mangel an Disziplin sei das Kriechen vor diesen um Brotsamen willen, die von ihrem Tische fielen. Aus diesem Grunde gelte strenge Disziplin als oberstes Prinzip in den Sokolvereinen, und sie solle sich die Gesamtheit der Nation als Muster dienen lassen.

Nach einer Pause von 10 Minuten, während deren den Anwesenden Gelegenheit geboten wurde, sich als Kandidaten für den Gräzer Sokolverein zu melden, verlas **Wolski** ein Schreiben des Kosterer Sokolvereins, worin den heutigen Beratungen der beste Erfolg gewünscht wurde. Ein Schreiben des Verbandsvorsitzenden Rechtsanwalts von Chrzanowski-Posen enthielt dessen Entschuldigung wegen seines Fernbleibens. Er habe am heutigen Tage in Posen einen Vortrag zu halten, und wünsche, daß man heut in Grätz darauf Bedacht nehmen solle, nicht viele, aber wirkere Kameraden für den Verein zu werben, sich auch entsprechend dem Beschlusse der Delegiertenversammlung die Gründung einer Bibliothek angelegen sein zu lassen.

Gonjowski-Kosten führte nunmehr Folgendes aus: Polen seien die Großväter und Väter gewesen, Polen wollten auch die Versammelten bleiben und eintreten in Verteidigung des Polentums, nicht aber bloß mit dem Munde, sondern auch mit der Tat durch treue Erfüllung der nationalen Pflichten. Welches seien diese? 1. Die Pflicht zu sorgen für die Hebung des nationalen Wohlstandes durch Sparsamkeit und Arbeit. Mittels des erworbenen Geldes seien die Landsleute wirtschaftlich zu unterstützen. Die Losung „Der Landsmann zum Landsmann“ sei heut allgemein, trotzdem wandere heut noch viel Geld in der Fremden Taschen, obgleich das Germanisierungssystem darauf ausgehe, die Polen wirtschaftlich zu ruinieren, trotzdem letztere staatliche Arbeiten nicht übertragen erhielten und man ihr wirtschaftliches Fortkommen regierungsseitig auf Schritt und Tritt erschwere. Es sei nötig, daß die Polen erwachten. Nur bei Polen solle man seine Einkäufe besorgen, nur polnische Rechtsanwälte und Ärzte in Anspruch nehmen und das polnische Geld auf diese Weise in die polnischen Taschen wieder zurückkehren lassen. Jeder solle seinen Anverwandten den Grundsatz einprägen, vor allem den polnischen Handel, die polnische Industrie zu unterstützen. Das geschehe bisher nicht, — man sehe, wie es besonders in jüdischen Geschäften von Polen wimmle. Die Tschechen solle man sich zum Muster nehmen. Als die einzige tschechische Handschuhfabrik abbrannte, habe sich das tschechische Volk solange des Tragens von Handschuhen enthalten, bis die Fabrik wieder aufgebaut war. Handelten die Polen so solidarisch, so würde es auch ihnen besser gehen. Wer das Geld zu Fremden hintrage, der schädige die ganze polnische Gesamtheit; denn ihr, nicht bloß dem Einzelnen gehöre das polnische Geld. Ein Verräter an der polnischen Sache sei der, welcher polnisches Geld in fremde Hände gelangen lasse. Sorgen müsse man für die Erhaltung des polnischen Bodens. Grauenhaft sei die Verwüstung, welche die staatliche Ansiedelungstätigkeit auf diesem Gebiet angerichtet habe. Nicht aber dies Institut sei schuld daran, sondern die Polen selbst. Den Vorfahren mache man den Vorwurf, die Teilung des Landes zugelassen zu haben, handelten die heutigen Polen aber besser, welche ihr Land an Fremde verkauften? Überall schössen protestantische Kirchen hervor durch die Schuld der „Kolonisatoren“. Deren Schuld sei es, wenn das polnische Volk sein Brot in der Fremde suchen müsse, wenn der polnische Handel, die polnische Industrie infolge des Auswanderns der polnischen Konsumenten zurückgingen. Jeder Landverschacherer begehe eine Tat, die ihm nicht verziehen werden könne, eine Tat, die man mit dem Namen „Muttermord“ bezeichnen könne. Wo würde die heutige Generation einst ihre Knochen hinlegen, wenn es so weiter gehe? Wenn die polnischen Landverschacherer für das erhandelte Geld Champagner tranken, so bedächten sie nicht, daß an dem verkauften Boden der Schweiß des polnischen Volkes haften. Die Mutter, der polnische

Boden, setze unter fremdem Pfluge. Nichtswürdig sei die Nation, die sich selbst nicht achte, — nichtswürdig aber wollten doch die Anwesenden nicht sein. Zeigen solle jeder, daß wahre Vaterlandsliebe ihn befeele. Alle nationalen Sünden seien eine Folge des Mangels an nationaler Bildung, die doch so sehr nötig sei zwecks Erhaltung von Glauben und Nationalität. Aufklärung könnte am leichtesten die Schule bieten, aber die preussische Schule gewähre den Polen nationale Bildung nicht; darum habe jeder Pole selbst für deren Pflege zu sorgen, dafür, daß die Kenntnis des polnischen Lesens und Schreibens allgemein werde. Nur guter Wille sei dazu nötig. Unerläßlich zwecks Weckung des nationalen Empfindens sei die Kenntnis der polnischen Sprache und Literatur. Die Schule verweigere Unterricht auf diesem Gebiet, ja, die Behörden strafen sogar Jugendzirkel, welche sich zu Zwecken gegenseitigen Unterrichts in der polnischen Sprache und Literatur bildeten. Nationale Bildung werde am besten durch gute Bücher und durch Vorträge in Vereinen erworben, und daher seien diese Bildungsmittel fleißig zu benutzen, denn Polen könne der nur wahrhaft lieben, welcher dessen Geschichte und Vergangenheit kenne. Der Deutsche rühme seine Helden und Geistesheroen. Wie schön wäre es, wenn auch der Pole im Gespräch mit Deutschen auf die Helden seines Volkes, auf Sobieski, Kosciuszko, Poniatowski hinweisen könnte, wenn er beweisen könnte, daß auch sein Volk in Leuten wie Sienkiewicz, Mickiewicz usw. Geistesgrößen besitze, welche denen aller übrigen Völker an Leistungen gleichstünden. Bildung schöpfe man ferner aus polnischen Zeitungen, deren Abonnement sehr zu empfehlen sei. Belehrteten sie doch über die Rechte der Polen und über die Wirkungen des Germanisierungssystems. Die polnische Presse verdiene die lebhafteste Unterstützung. Wieviel Redakteure seien in letzter Zeit wieder ins Gefängnis gewandert! Auch der Gauvorsitzende Switala verbüße gegenwärtig eine dreimonatliche Gefängnisstrafe. Zeigen solle man durch das Halten der polnischen Presse nicht allein, daß man mit den leidenden Redakteuren sympathisiere, sondern auch daß man ihre Ansichten teile. Sorgen solle man ferner für die Unbeflecktheit der polnischen Sprache. Aus dem Angeführten ersehe man, daß der Pflichtkreis des wahren Polen ein großer, aber kein zu großer sei. Vertreter aller Stände sollten sich unter die Sokolstandarte scharen als Söhne eines Landes, so werde den Polen auch eine bessere Zukunft sicher sein.

An der nun folgenden freien Aussprache beteiligte sich nur der Schuhmacher **Gorzak** = But. Er bestätigte ebenfalls die ungünstige Statistik des Sokolentums, soweit das Turnen in Betracht komme. Manchmal zählte ein Verein mehrere Hundert Mitglieder, aber nur verhältnismäßig wenige aktive Turner. Daß es unter den Polen zu allen Zeiten starke, kräftige, mutige Leute gegeben habe, das beweise die polnische Geschichte, das lehre z. B. die Erstürmung des Engpasses von Samosierra im französisch-spanischen Kriege i. J. 1809 durch polnische Reiter, eine Tat, die heut noch bewundert werde; das beweise ferner die Schlacht bei Grunwald, in welcher das polnische Heer unter Jagiello den waffengeübten Kreuzrittern das Fell so gegerbt habe, daß diese nie wieder sich zu ihrer einstigen Höhe emporzuschwingen, eine Tatsache, welche die Deutschen heut noch kränke, wenn man sie ihnen vorhalte. Deshalb würden die Sokolvereine heute vielfach gemieden, weshalb wollten sie nicht so gedeihen, wie es zu wünschen wäre? Nun, die meisten ließen sich dadurch einschüchtern, daß die Polizei diese Vereine in so reaktionärer Form behandle, diese auf Schritt und Tritt beobachte, ihnen die Möglichkeit nehme, sich frei zu amüsieren. Wer sich dadurch zurückschrecken lasse, der beweise, daß er träge und feige

sei. Träten die Sokols der Polizei allerdings in legaler Weise, aber doch energisch gegenüber, würde man unentwegt über ungesetzliche Behandlung Beschwerde führen und Klagen anstrengen, würde man sich durch Schikanen nicht schrecken lassen, sondern trotz derselben in Massen den Vereinen beitreten, Veranstaltungen, die nicht genehmigt würden, immer wieder anmelden, so würde die Polizei bald klein beigeben, da sie sehen würde, daß gegen die Sokols nichts auszurichten sei. Wenn aber die Polizei sehe, daß die Sokolvereine durch das Terrorisieren zurückgingen, so könne man sich nicht darüber wundern, daß sie ihre Praxis als richtig ansehe und weiter befolge. Redner würde an ihrer Stelle auch nicht anders handeln. So seien also die Sokols selbst an dem Geschick ihrer Vereine schuld. Warum verteidigten sie sich nicht, wenn auch legal, so doch entschieden und beharrlich. — Die polnische Sprache sei wunderbar schön wie keine zweite auf der Welt; trotzdem gebe es viele Polen, die ihre Muttersprache verachteten und deutsch sprächen, auch da wo sie es nicht nötig hätten. Redner gebe zu, daß die Kenntnis der deutschen Sprache gut, ersprießlich, ja unumgänglich sei; aber darum brauche man doch seine Sprache nicht hintanzusetzen. Das dürfe nicht geschehen angesichts der systematischen Verdrängung der polnischen Sprache, heute, wo man überall schon deutsche Hebammen statt polnischer anstelle, damit dem polnischen Kinde ja schon vom ersten Augenblicke an deutsche Laute ans Ohr schlugen. Polen dürfe man nicht bloß im Herzen führen, man müsse es auch mit dem Munde bekennen. Wieviel Schmerz werde heute dem nationalen Empfinden des Polen zugefügt! Sollte da sein Mund nicht überfließen? Darum trieben auch die Sokols heute mit Recht in ihren Versammlungen Politik. Heute dürfe kein Sokol mehr die Ausflucht gebrauchen, daß die Sokolvereine keine politischen seien — heute könne dort jedes der Mitglieder seinem nationalen Empfinden offen Ausdruck verleihen. Wäre die polnische Allgemeinheit politisch gehörig durchgebildet und aufgeklärt, so wäre die Regierung in ihrer antipolnischen Politik nicht so weit gegangen, so würde sie mehr als bisher mit den Polen rechnen. Für Zwecke der nationalen Aufklärung habe der Pole heute immer noch zu wenig übrig. In den Versammlungen höre man nach dieser Richtung hin schöne Worte; aber im Leben werde nicht darnach gehandelt. — Die Intelligenz halte sich bedauerlicherweise von den Sokolvereinen fast gänzlich fern; beinahe ausschließlich Handwerksgehilfen und Meister sehe man da, und doch müßte jeder Pole seinen Stolz darein setzen, Sokol zu sein. — Über den Land-schacher seien auch heut viel schöne Worte gesprochen worden. Es gebe keine größere Schande als diese. Der Einzelne dürfe sich nicht dem Wahne hingeben, das Land sei sein ausschließliches Eigentum, nein, es gehöre der ganzen Nation, denn an ihm haften das Blut der Vorfahren, die es unter Daransetzung ihres Lebens verteidigt hätten, — es sei durchsetzt von dem Schweiß des polnischen Bauern und Arbeiters, die es bebauten. Ein Mensch, der diesen Boden leichtsinnig und ohne Gewissensbedenken fortgebe in die Hände der Feinde, der müsse wie ein Auszügiger gemieden werden, wie die Pest; — mit Fingern müßte man auf einen solchen Schacherer weisen, niemand dürfte ihm die Hand reichen. In dieser Angelegenheit gebe es kein Verzeihen. Jeder Pole müsse gemäß den Mustern handeln, die ihm die Geschichte seines Volkes hinsichtlich der Vaterlandsliebe vorhalte, und jeder Pole habe reichlich Gelegenheit, diese Liebe praktisch zu betätigen, nicht wie einst mit Schwert und Blut, sondern durch bereitwilliges Leiden und durch Opfer für die vaterländische Sache. Auszeichnungen, Würden, Orden hätten die Polen allerdings dafür nicht zu erwarten; aber ein echter Pole verschmähe solche Aus-

zeichnungen, weil sie ihn herabwürdigen würden. Übel sehe es heut in mancher Hinsicht in den Sokolvereinen aus; darum solle man ihnen beitreten und darin ausharren. Alle müßten in den Sokolvereinen eine Familie bilden, Standesunterschiede nicht kennen. Wenn man so zusammenhalten und Schulter an Schulter arbeiten werde, dann stehe eine bessere Zukunft in Aussicht. Aufgegessen hätten die Deutschen zwar die Polen, aber dieselben zu verdauen würden sie nie imstande sein. Der **Weiter** der Verhandlungen forderte zum Schluß auf, die heut gehörten schönen Lösungen mannhaft in die Tat umzusetzen, sich rege am Turnen und an der Aufklärungsarbeit zu beteiligen und so in der Nation die leibliche und die geistige Energie zu entwickeln. Im Kampfe um die Existenz entscheide nicht die Quantität, sondern die Qualität. Jeder habe dafür zu sorgen, daß das polnische Volk nicht auf einer niedrigeren Stufe stehe, als andere Nationen; und darum habe jeder, welcher der nationalen Pflichten und Ziele sich bewußt sei, sich unter die polnische Standarte zu gesellen. Die Minister bezeichneten die Sokols als die Cadres der künftigen polnischen Armee. Etwas Wahres sei an dieser Behauptung, aber nicht in dem Sinne, als handle es sich um polnisches Militär, polnische Karabiner, Senen, blutige Aufstände und Schlachten, sondern in dem Sinne eines unblutigen Kampfes um die Erhaltung der nationalen Existenz und Eigenart, um die Erhaltung alles dessen, was dem Polen lieb und teuer sei. Darum solle der Pole von heute nicht auf das Erwachen jenes Heeres der hl. Hedwig warten, von dem die Legende erzähle, sondern er habe selbst aufzuwachen und im wirtschaftlichen und geistigen Kampfe für die nationalen Güter zur Sicherung jener Existenz das Seine beizutragen. Redner schloß mit dem Wunsche, daß die heutige Versammlung reiche Früchte für die Sokolsache bringen möge.

Schluß der Überwachungstätigkeit 1/29 Uhr abends.

G ü n t h e r

Königlicher Polizeisekretär.

Be r i c h t

über die Generalversammlung der Vorsitzenden und Delegierten der polnischen Bauernvereine in der Provinz Posen.

Posen, 14. März 1907.

Am Montag, den 1. d. M., fand im großen Lambertischen Saale hieselbst die von etwa 100 Personen besuchte Jahresversammlung der polnischen Bauernvereine statt. Die polnische Intelligenz war sehr zahlreich vertreten, insbesondere aber die katholische Landgeistlichkeit. In den Seitenlogen hatten etwa 30 Damen der besseren Stände Platz genommen.

Um 11¹/₄ Uhr eröffnete der Patron der polnischen Musikalvereine, Rittergutsbesitzer Joseph von Chlapowski-Rzegocin die Versammlung und richtete an die Anwesenden folgende Ansprache:

Er grüße die Vizepatrone und Delegierten der landwirtschaftlichen Vereine und freue sich, daß sie seiner Aufforderung, nach Posen zu kommen, so zahlreich gefolgt seien. Weil der Bazarfaal für die Generalversammlungen nicht mehr ausreicht, habe man sich genötigt gesehen, seine Zuflucht zu dem größten der in Posen zur Verfügung stehenden Säle zu nehmen und erfreulicherweise sei auch dieser Raum fast überfüllt. Das gebe Zeugnis von dem guten Geiste der Vereine; hier zeigten sich so recht die Früchte der segensreichen Arbeit des verstorbenen Patrons Maximilian von Zakowski. Er begrüßte die Bürger Posens und der

Umgegend, die zahlreich erschienene Geistlichkeit und unter dieser insbesondere den Prälaten Wawrzyniak. Es sei für ihn, den Redner, sehr erfreulich so viele Gäste zu sehen, die da gekommen wären, der Arbeit der landwirtschaftlichen Vereine Gehör zu schenken. Gott habe die Vereinstätigkeit im verflossenen Jahre sichtlich gesegnet: die Zahl der Vereine habe sich um 13 vermehrt. Der vergangene Bericht habe 289 Vereine mit 13025 Mitgliedern aufgewiesen, während heute 302 Vereine mit 13820 Mitgliedern vorhanden seien. In jedem Kreise, ausgenommen den Kreis Birnbaum, sei eine Generalversammlung abgehalten worden, es hätten 28 Kreisversammlungen stattgefunden mit einer durchschnittlichen Teilnehmerzahl von 100 bis 300. Von 300 Personen seien die Kreisversammlungen in Kempen, Ostrowo, Hohenfalza und Pleschen besucht gewesen. Die Vereine hätten 2710 Monatsversammlungen veranstaltet, 400 Landwirtschaften seien von Vereinsmitgliedern besucht worden. Die Beteiligung der Mitglieder an den Vereins-Versammlungen sei eine zufriedenstellende, die Besuchsziffern hatten die Höhe von 50 bis 75% erreicht. Zu bedauern sei noch, daß nicht alle Söhne der Wirte der landwirtschaftlichen Versammlungen besuchten; nur der Kreis Strelno macht eine rühmliche Ausnahme in dieser Beziehung. Die Bestellung des Landes sei durchweg gut, die Erträge ebenfalls, insbesondere im verflossenen Jahre; dagegen werde der Viehzucht immer noch zu wenig Aufmerksamkeit zugewendet. Nur wenige Mitglieder lieferten die Milch in Genossenschaftsmolkereien, aber die Zahl der Separatoren vermehre sich von Jahr zu Jahr, gegenwärtig seien 2600 solcher Maschinen im Gebrauch.

Die Pferdezucht stehe auf hoher Stufe, denn die polnischen Wirte seien Liebhaber von Pferden. Die Schweinezucht lasse ebenfalls kaum zu wünschen übrig, aber nur in den größeren Wirtschaften besaße man sich mit der Mast. Der Federviehzucht werde immer noch zu wenig Bedeutung beigemessen. Die Bienenzucht verschaffe sich immer mehr Eingang.

Über die **Drainage** könne er kein klares Bild geben, weil die Vorsitzenden des Vereins in ihren Berichten zu ungenaue Angaben gemacht hätten. Wenn aber im vergangenen Jahre die Fläche des drainierten Aekers auf 280000 Morgen angegeben worden sei, so könne man mit Bestimmtheit annehmen, daß in diesem Jahre 20000 Morgen hinzugekommen seien.

Der **künstliche Dünger** kommt so allgemein zur Anwendung, daß es wohl kaum ein Mitglied gebe, das keinen Gebrauch davon mache. Die Zahl der durch den Prälaten Wawrzyniak ins Leben gerufenen **landwirtschaftlichen Einkaufs- und Absatzvereine** (Koknit) sei auf 30 gestiegen und leisteten den Vereinsmitgliedern die schätzenswertesten Dienste.

Mit Bezeichnung auf das **Versicherungswesen** sei folgendes zu sagen: Gegen **Feuersgefahr** seien fast alle Mitglieder versichert, gegen **Hagelschaden** aber kaum die Hälfte. Der **landwirtschaftliche Kalender** sei den Mitgliedern zum Kaufe anempfohlen. Der „**Poradnik Gospodarski**“ werde sehr gut redigiert, aber leider noch viel zu wenig gehalten, trotzdem der Abonnementspreis um die Hälfte ermäßigt worden sei.

Die landwirtschaftlichen Vereine seien äußerst rührig, indessen mache die Aufklärung unter den bäuerlichen Vereinen auch bedeutende Fortschritte, der Wohlstand hebe sich von Jahr zu Jahr.

Nachdem das Bureau gebildet worden war, verlas der Schriftführer die nachstehende Tagesordnung:

1. Eröffnung der Versammlung,
2. Bildung des Bureaus,
3. Vorträge,
4. Schluß.

Zu 1 und 2: Erledigt.

Zu 3: Karpinski-Wiry referierte über das Thema: „Wie soll der Landwirt seine Existenz für das Alter sichern?“ In ausführlichem, etwa 1 Stunde währenden Vortrage suchte Redner die Vorteile der Lebensversicherung klarzulegen und wies die Landwirte darauf hin, von dieser segensreichen Einrichtung nach Möglichkeit Gebrauch zu machen.

Prälat Wawrzyniak: Er könne den Ausführungen des Vorredners nur Beifall zollen und werde in der nächsten Versammlung des Verbands der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften den Antrag stellen, darüber Beschluß zu fassen, daß denjenigen Landwirten, welche die Banken in Anspruch nähmen, etwa $\frac{1}{2}\%$ Zinsen weniger angerechnet werde, falls sie nachweisen würden, daß sie ihr Leben versichert hätten. — Die bäuerlichen Wirte, insbesondere die wohlhabenderen, sollten ihr erspartes Geld nicht in die Banken tragen, sondern es in die Wirtschaft „stecken“, wo es ihnen mehr Zinsen bringe.

Ackerwirt Chojceki referierte in ausführlicher Weise über „Die Viehzucht“. Bemerkenswertes ist über den Vortrag nicht zu berichten.

Der Redakteur des „**Poradnik Gospodarski**“, **A. Brownsford** sprach über den Gebrauch des künstlichen Düngers.

Gutsbesitzer Gzjewski sprach über „Die Bestellung der Braugerste“.

von Chlapowski: Die Tagesordnung sei erschöpft. Er wünsche den Versammelten eine glückliche Heimreise und bitte sie, aus dem Gehörten Nutzen zu ziehen, die Frauen, die leider nicht hätten hier sein können und die treuen Gehilfinnen ihrer Männer in der Landwirtschaft seien, zu belehren. Den Vätern erteile er den Rat, die heranwachsenden Söhne in die Versammlungen der Vereine mitzunehmen.

Nachdem bekannt gegeben worden war, daß im polnischen Theater aus Anlaß der Anwesenheit der auswärtigen Gäste eine besondere Vorstellung gegeben werde, schloß der Patron die ruhig verlaufene Versammlung um 2 $\frac{3}{4}$ Uhr.

Böhmer,
Kriminal-Kommissar.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 63 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 16. März 1907:

Mit Bezug auf die letzten Nachrichten Berliner Blätter über die Besetzung des erzbischöflichen Stuhles schreibt der Goniec Wielkopolski:

Wenn wir auf den neuen Erzbischof warten sollen, bis der Schulstreik vollständig aufhört, so wird man anscheinend lange warten müssen! Daß die Regierung den Wunsch hat, auf dem erzbischöflichen Stuhle einen „loyalen“ Polen zu haben, das ist keine Neuigkeit, denn ein preussisch gesinnter Erzbischof „polnischer Abstammung“, ergo ein Preuße, wäre der Regierung am liebsten.

Es ist nur die Frage, ob sich ein solcher Kandidat finden wird — und obendrein noch ein Pole, welcher alles das machen wollte, was ihm die protestantisch-preussische Regierung und vielleicht auch die habsburgische Nebenregierung diktieren würden, die die Interessen der katholischen Kirche einer Gefahr aussetzen, und obendrein einen Krieg gegebenenfalls mit seinen eigenen Diözesanen führen wollte.

Ein deutscher gerechter Kandidat könnte für die Preußen unbequemer sein, als ein „loyaler“ Pole, das ist leicht zu begreifen.

Ein Glück, daß bei Besetzung des erzbischöflichen Stuhles — der hl. Vater auch ein entscheidendes Wort mitzureden hat.

Aus Nr. 66 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 20. März 1907:

Aus Rom

wird mitgeteilt, daß der hl. Vater, um einmal für immer jeglichen Schein zu beseitigen, beabsichtigt, bald den Grundsatz in ausdrücklicher Weise bekanntzugeben, daß der Religionsunterricht in der Muttersprache erteilt werden müsse.

Der Papst ist über alles, was bei uns geschieht, genau unterrichtet, er empfindet heiß mit uns und bewundert die Ausdauer unserer Geistlichkeit und des polnischen Volkes, für welches er betet und das er segnet.

Möge dies ein Trost und eine Hoffnung für schwach werdende Herzen sein.

Aus Nr. 67 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 21. März 1907:

Die Frauen und die Schulangelegenheit.

(L. J. T.) In der Zeit unserer letzten Versammlungen passierte es mir, daß ich in einem größeren Kreise unserer Damen mich befand und in einer heißen Diskussion Ansichten hörte, von denen manche hier wiederzugeben sich verlohnt, sei es auch nur zwecks bloßer Klärung der Frage.

Es war das eine fröhliche, gesellige sehr zahlreiche Versammlung. Vertreten waren die städtische und ländliche Intelligenz, vermögende Damen und Personen, welche sich beruflicher Tätigkeit zugewendet hatten, ultramontane Matronen und Angehörige alter kalvinischer Familien, — natürlich mußten in den Ansichten verschiedene Schattierungen zutage treten. Man sprach über die Schulangelegenheit.

Unsere Damen sprachen über diese Sache, über die Relegierungen, über die Gymnasialisten, über die Enteignung, über alle unsere Schmerzen. Da das Weib mit dem Herzen lebt und gewissermaßen das Herz der Nation ist, hätte es scheinen können, daß in allen diesen Angelegenheiten eine übereinstimmende, fast einstimmige Meinung zu verzeichnen sein werde, daß in den Seelen dieser Frauen der Puls der Empfindungen der gesamten Nation schlage; und dennoch flossen außer aufrichtigen Thesen über das Los unseres Volkes andererseits bittere Vorwürfe über die „Unbotmäßigkeit der Kocklöffel“; — neben Äußerungen der Dankbarkeit und der Verehrung für unsere Geistlichkeit Tadel gegen die Unerfahrenen, welche „Schulbuben“ die Hand böten und dadurch die irregeleiteten Massen vorwärts stießen.

Weniger hat uns die Verschiedenheit der Ansichten gewundert, als eine gewisse ausgesprochene Abneigung gegen die Volksbewegung. Ausrufe dieser Art waren zwar völlig vereinzelt, sie erklangen aber mit um so stärkerem Knirschen inmitten der allgemeinen Harmonie.

Nicht war es einst so; Leute aus verschiedenen Sphären, von verschiedenartigen religiösen Auffassungen, von verschiedener geistiger Tendenz wußten einträchtig zu fühlen und zu arbeiten. Herr Gustav (gemeint ist Gustav v. Potworowski, ein Führer der nationalen Bewegung i. J. 1848 Der überj.) schritt Hand in Hand mit Herrn Matthias (gemeint ist der Zeitgenosse des oben Genannten Graf Matthias Wielzyński, ein wegen seiner gemeinnützigen Gesinnung bekannter polnischer Politiker) und Karl Marcinkowski, Palacz, Dziatynski, die Kozmian's, Cassius, Liebelt, Janiszewski

und so viele andere, sie alle fühlten gemeinsam mit der Allgemeinheit der Gesellschaft, die sie liebten und daher war ihre Arbeit reich an Frucht. — Übrigens ist die Angelegenheit des Katechismus eine Angelegenheit der Kirche, und dem Weibe ziemt es noch mehr als dem Manne im Geiste der Kirche über die Dinge zu urteilen. Die Angelegenheit des Katechismus ist keine politische; darum können wir nicht darauf achten, was vor der Hand praktisch und opportum zu sein scheint. Der verstorbene Erzbischof v. Stablewski hat in seinem Oktober-Rundschreiben uns den Weg gewiesen und sich auf die Synoden berufen.

In den Volksschulen hat die Kirche sich bisher stets der Verweltlichung des Katechismusunterrichts und der Einstellung desselben in die Reihe der antipolnischen Mittel widersetzt. So hat auch das Volk diese Angelegenheit schon vor 25 Jahren in Punitz aufgefaßt, vor zehn und einigen Jahren in Studziniec und vor 7 Jahren in Breschen. Gegenwärtig hat sich Breschen auf dem Gebiete ganz Großpolens, Westpreußens und sogar Ermlands wiederholt. Nicht die Geistlichen, nicht die Herren, nicht die Presse haben die Lösung ausgegeben, sondern die Lösung gab zuerst der Breschener Prozeß und dann die Ansiedlungsnovelle.

Und gerade in diesen Märzversammlungen, erzählten einige Damen, wie sie in ihrer Furcht wegen des Loses armer Arbeiterfamilien aus Anlaß der Schulangelegenheit manchen einzelnen Eltern geraten hätten, sich nicht dem Verlust von Renten, der Ablehnung der Genehmigung zum Hausbau oder Schwierigkeiten auszusetzen, welche ihre Söhne in den Gymnasien und Bürgerschulen treffen könnten. Die Mütter wollten diese Reden nicht einmal anführen.

Man prügelt die Kinder des Volkes; die Söhne aus höheren Ständen fühlen die Prügel auf andere Weise; aber dieser gemeinsame Schmerz und diese gemeinsame Sorge zeigen uns, daß wir alle einer Mutter Kinder sind. Bemühen wir uns, soviel Frucht als möglich aus dieser schmerzlichen Schulsache zu sammeln. Die Leiden der Kinder, die Tränen der Mütter, die untergrabene Stellung der Väter, die erschütterte Existenz so mancher Familie, aber hundertmal schlimmer als das wäre eine Entzweiung in der Volksgeamtheit.

In der Politik möge jeder Freiheit der Anschauungen behalten; aber darüber hinaus wollen wir dem Ehre geben, welcher Ehre verdient. In einer der letzten Nummern des Kraj lesen wir folgende Worte: „Nicht um Untrenwerden handelt es sich, nicht um Verrat der nationalen Standarte . . . es sprachen aus ihm Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit, eine maßlose Betrübnis und Angst“. Diese Betrübnis und Angst, ein halbes Jahrhundert der Aufopferung und Arbeit mögen die Frauen achten; mögen sie nicht zugeben, daß aus dem Herzen der Nation das Vertrauen auf die geistigen Führer herausgerissen werde. Mögen sie die Liebe in unserm politischen Leben entfalten; wahren wir uns gegen Entzweiung unter einer so kleinen Zahl von Verteidigern. Die einen werfen auf die Versöhnungsparteiler alten Datums Steine, beschuldigen sie eines ungesunden Ehrgeizes und des Mangels an an Nationalgefühl; andere schelten über die jüngere Generation und erblicken in ihr unreife Unruhstifter. Einer Frau ziemt es sich nicht, so zu reden; ihre Rolle beruht darin, die Männer, Väter und Brüder zur Arbeit in den Komitees und Ausschüssen anzuregen, zur Teilnahme an Kreis-, Gemeinde- und sozialen Arbeiten. Je allgemeiner, lebhafter diese Arbeit sein wird, desto mehr werden sich Parteien von abweichendem Geist vereinen, und das beiderseitige Mißtrauen wird schwinden. Vor allem aber sollte die Liebe des Weibes an der sozialen Arbeit sich entflammen, es sollte das Volk, dessen Bedürfnisse kennen lernen, verstehen und

liebgewinnen; es sollte des Volkes Ideale erleuchten, sich mit ihm verbrüdern in Liebe und in gemeinsamer Arbeit mit ihm an seiner Aufklärung, an seinem Wohlstande und an seiner Bewußtmachung. Wenn man uns ein Dach über dem Haupte versagt, wenn man uns den Boden unter den Füßen entzieht, wenn man uns die Möglichkeit nimmt, uns zu bilden, so bleibt uns immer noch die unversieglige Arbeit unseres Volkes. Lernet, Ihr polnischen Damen, mit eurer weichen Hand diese von der Arbeit ermüdete Hand ergreifen, sie leiten, ihre Wunden heilen und sie so bilden, daß sie die Standarte des Glaubens und der Liebe zum Vaterlande sachgemäß zu tragen wisse, wenn Ihr nicht da sein werdet. Laborare et orare, und diese sehr schöne, gottesfürchtige Arbeit, das Verstehen der Bedürfnisse des Volkes, das Sichverbrüdern mit ihm, um es zu verteidigen und bewußt zu machen, wird Euer erhabenstes Gebet sein. Nehmen wir uns alle als Leitgedanken unserer Tätigkeit die einfachen Worte: Zu Gott durch die Arbeit für das Volk und mit dem Volke zu Gott!

Aus Nr. 67 des Postep (Posen)
vom 21. März 1907:

Schulangelegenheiten.

Aus Bongrowitz erhalten wir nachstehendes Schreiben:

Sehr geehrte Redaktion! Aus Anlaß des Schulstreiks wurde gegen mich eine Untersuchung wegen Verteilung von Streik-Zetteln angestrengt. Da aber die Lehrer diese Zettel verlangt haben (was sie jedoch im Termine bestritten haben), so hat man mich ganz ungerecht angeklagt.

Deshalb bitte ich sehr um gütige Veröffentlichung meiner Bitte in einer der nächsten Nummern. Ich bitte ferner alle Eltern, denen die Kinder zu Hause erzählt haben, daß die Lehrer entschieden Zettel verlangten, sich bei mir, zugleich mit dem Namen jenes Lehrers zu melden.

Da der Termin vor dem Untersuchungsrichter bereits stattgefunden hat, steht zu erwarten, daß der Termin in Gnesen bald folgen wird.

Hochachtungsvoll

Ignaz Witt, Bureaugehilfe.

P. S. Vielleicht würden meine Bitte auch andere Blätter wiederholen, schon deshalb, weil nicht alle den Postemp lesen.

Aus Nr. 64 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 17. März 1907:

Die Schulbehörde bittet einen polnischen Priester um Hilfe gegen streikende Kinder.

Aus Ostrowo erhielten wir eine interessante Korrespondenz, welche wir infolge großer Ansammlung des Materials, leider bis zur nächsten Nummer zurücklegen müssen. Heute veröffentlichen wir ihren Inhalt:

Von dem Adelnauer Landratsamt erhielt der Propst Zborowski die schriftliche Einladung, an einer Versammlung einiger Gemeinden der Ostrowoer Parochie teilzunehmen, in welcher der Herr Landrat mit Hilfe des Propstes die Kinder zum Aufgeben des Schulstreiks bewegen wolle. Propst Zborowski gab eine sehr deutliche abschlägige Antwort. Das ganze Ereignis ist um so interessanter, als sich die Schulbehörde gegenwärtig, wo sie aus eigenen Kräften mit den Kindern nicht fertig werden kann, um Hilfe an einen

polnischen Priester gewandt hat, der wegen seines Patriotismus bekannt ist, dessen Bemühungen um die Beaufsichtigung des Religionsunterrichts keinen Erfolg hatten, und dessen Wahl in den Schulvorstand nicht bestätigt wurde.

So sehen „Macht und Recht“ des Herrn Studt aus.

Aus Nr. 65 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 19. März 1907:

Die Schulbehörde bittet einen polnischen Priester um Hilfe gegen streikende Kinder.

Nachdem Propst Zborowski die Verwaltung der Ostrowoer Parochie übernommen hatte, bemühte er sich gemäß Verfügung der geistlichen Behörde, Kirchl. Amtsblatt 1890/91 Seite 12, bei der Regierung um Zuerkennung des Rechts zur Ausübung der Aufsicht über den Religionsunterricht in den Volksschulen der Ostrowoer Parochie, da er sich die dortigen Schulverhältnisse näher ansehen wollte. Der Ministerialerlaß vom 18. Februar 1876 gesteht jenes Aufsichtsrecht jedem Parochialverwalter zu.

Diese Aufsicht der Geistlichen wurde dem preussischen System, das die Germanisierung und Protestantisierung unseres Landes anstrebte, sehr unbequem und man bemühte sich, die Geistlichen nach und nach dieser Aufsicht zu entziehen. Propst Zborowski hat auch deshalb auf seinen Antrag eine abschlägige Antwort erhalten.

Gegenwärtig versehen protestantische Inspektoren die Aufsicht über den Religionsunterricht in katholischen Schulen.

Die Beaufsichtigung des katholischen Religionsunterrichts in der Schule durch protestantische Inspektoren ist etwas derartig Anormales, dem Geiste unseres heiligen Glaubens Zuwiderlaufendes, daß der Religionsunterricht unter solchen Umständen überhaupt nicht stattfinden dürfte. Schon der Umstand allein, daß die Regierung in unseren Landesteilen die katholischen Priester von der Beaufsichtigung des Religionsunterrichts beseitigt und diese Aufsicht Protestanten überträgt, kennzeichnet grell ihre Bestrebungen.

Der das Vertrauen seiner Parochianen besitzende Propst Zborowski wurde an Stelle des verstorbenen Dekans Smigielski in den Schulvorstand gewählt. Die Regierung hat aber seine Wahl ohne Angabe von Gründen nicht bestätigt. Diese Gründe sind uns jedoch bekannt. Ein polnischer Priester, der so auftritt, wie ihm die katholischen Grundsätze und das polnische Gewissen dies vorschreiben, wird gegenwärtig von der Regierung als illloyaler Faktor betrachtet.

Die Regierung möchte in den Priestern ihre Beamten sehen, die ihre Bestrebungen ohne Vorbehalt blindlings unterstützen möchten. Priester, welche auf die Idee der Regierung eingehen, werden mit dem allergrößten Vertrauen mit Ehren und Orden belohnt; Priester, welche, obwohl sie die Absichten der Regierung nicht aktiv unterstützen, aber gegen die germanisatorischen Versuche der Regierung nicht auftreten, sondern sich passiv verhalten — diese werden geduldet; Priester aber, die sich als Werkzeug der Regierung nicht verwenden lassen und ihre abweichenden Grundsätze frei und öffentlich verkündigen und gegen die Germanisierung und Protestantisierung auftreten, werden von der Aufsicht und aus dem Schulvorstande entfernt, es werden gegen sie Prozesse angestrengt und sie werden mit Geldstrafen und Gefängnis bestraft.

Angesichts dieses Fernhaltens des Propstes Zborowski von der Schulaufsicht und dem Schulvorstande wirkt auf die gegenwärtigen Bemühungen der Regierung

um Unterdrückung des Streits ein interessantes Licht nachstehender Brief, welchen der Propst Zborowski am 11. März vom Adelnauer Landratsamt erhalten hat:

Adelnau, d. 11. März 1907.

Der Königliche Landrat
des Kreises
Adelnau.

Ziffer 2509/07.

In den Ortschaften Zembow und Al.-Topola wird der Religionsunterricht in polnischer Sprache erteilt und von den Kindern nur das Gebet und der Gruß in deutscher Sprache verlangt. Viele Kinder verweigern aber auf Veranlassung ihrer Eltern das deutsche Gebet und den deutschen Gruß. Um den Gemeinden und Eltern Kosten und sonstige Weiterungen, welche ihnen bei fortgesetztem Widerstand gegen die Anordnungen der kgl. Regierung entstehen werden, zu ersparen, beabsichtige ich, anfangs der nächsten Woche in Zembow und Al.-Topola Gemeindeversammlungen abzuhalten und die Hausväter entsprechend aufzuklären. Euer Hohehrwürden ersuche ich ergebenst um gefällige Mitteilung, ob Sie bereit sind, an diesen Versammlungen teilzunehmen und auch Ihrerseits dahin zu wirken, daß die Leute ihren Widerstand gegen den deutschen Gruß und das deutsche Gebet aufgeben. Für baldgefällige Mitteilung würde ich dankbar sein, da ich erst nach Eingang Ihrer Antwort den Termin festsetzen will.

gez. Knoll.

Das ist doch eine merkwürdige Taktik der Regierungsbehörden! Die Regierung hält die Priester von jeglichem Einflusse auf den Religionsunterricht fern, sie beseitigt sie aus den Korporationen, welchen der Priester von Amts wegen angehören müßte.

Indem die Regierung ihre Ratlosigkeit gegenüber den polnischen Kindern einsieht, geht sie so weit, daß sie den polnischen Priester um Hilfe gegen streikende Kinder bittet. Propst Zborowski hat dem Landratsamt eine sehr klare und sehr entschiedene abschlägige Antwort gegeben.

Aus Nr. 64 des Kuryer Poznański (Posen)
vom 17. März 1907:

Wongrowitz, 15. März.

In letzter Zeit veranstaltete der Kreisschulinspektor in der hiesigen Schule ein Verhör, um zu erfahren, von wem ihre Eltern die Formulare mit dem Verbot, in der Religion deutsch zu antworten, erhalten haben. — Infolge dieses Verhörs wurden heute bereits 6 wegen Verbreitung des Streikes angeklagte Bürger einem Verhör vor dem Untersuchungsrichter unterzogen. Der Untersuchungsrichter vernahm ebenfalls alle Lehrer der hiesigen Schule als Zeugen.

Es drängt sich einem die Frage auf, ob die Schulbehörde überhaupt das Recht hat, ohne Wissen der Eltern die Kinder zu verhören, damit dann aus derartigen Protokollen der Staatsanwalt, gegebenenfalls zu Ungunsten der Eltern selber, Gebrauch macht; denn wenn es dem Kinde in gerichtlichen Prozessen gestattet ist, Aussagen gegen seine Eltern zu verweigern, worauf der Richter vor Ablegung des Zeugnisses aufmerksam machen muß, dann müßte dieselbe Prozedur auch bei anderen Vernehmungen, die in der Konsequenz Prozesse nach sich ziehen, angewendet werden. — Vielleicht klärt einer von den Herren Juristen diese Sache auf.

Zwei Mädchen verweigerten, trotz verschiedener Drohungen, entschieden die Unterschrift, unter ein derartiges Protokoll; eine von ihnen, Lud. Rode, sagte

dem Inspektor, daß sie ohne Erlaubnis des Vaters, keine Protokolle unterschreibe. Der Inspektor hat sich aber in dieser Sache gar nicht an den Vater gewendet.

Aus Nr. 63 des Lech (Gnesen)

vom 16. März 1907:

Witkowo.

Der Schulstreik hat hier seit zwei Wochen sehr nachgelassen; die Kinder, welche antworteten, brauchten nicht zum Arrest zu gehen. Am Mittwoch nachmittag aber, als die streikenden Kinder zum Arreste erschienen, erblickten sie auch ihre früheren Kollegen und Kolleginnen, die da aufgehört hatten zu streiken und wunderten sich, daß sie wieder zum Arreste kommen. Noch mehr wunderte das die Herren Lehrer, als sie zu jenen „Ergänzungsstunden“ kamen und daselbst diejenigen Kinder erblickten, die zu streiken aufgehört hatten. Auf die Frage, weshalb sie gekommen seien — da sie doch nicht nötig haben, zum Arreste zu erscheinen — antworteten sie, daß sie wieder von selbst zum Arrest gekommen seien, weil sie die Religion fernerhin nicht mehr deutsch lernen und auch nicht aufhören werden zu streiken.

Aus Nr. 62 des Lech (Gnesen)

vom 15. März 1907:

Ein interessantes Dokument.

In Vervollständigung unserer Korrespondenz aus Zydowo vom 12. d. M. geben wir die genannte Verfügung des Herrn Schulinspektors Bismarck aus Witkowo ihrem ganzen Inhalte nach wieder.

Es ist gut, daß solche Dokumente an die Öffentlichkeit kommen.

Wir lesen daselbst:

Es ist aufgefallen, daß in manchen Schulen die Ersatz- und Nachsitstunden nicht als Strafe für die ungehorsamen Kinder, sondern als bloße Beschäftigung in der Schule angesehen werden. Um den Charakter der Strafe zu wahren, ist in den Stunden die erforderliche Strenge anzuwenden. Für jene Stunden müssen die Kinder zu Hause besonders aufgegebene Gedichte lernen und sie in der Schule sicher herfagen können.

Die Ergänzungsstunden dienen lediglich zum Abschreiben der gestellten Aufgabe, welche auf jeden Fall gefertigt werden muß. Die einzelnen Blätter der für das Abschreiben bestimmten Hefte müssen einen Rand für die Verbesserungen des Lehrers aufweisen. Der Lehrer verbessert die Abschriften in den Ergänzungsstunden und achtet auf eine gute und fehlerfreie Abschrift; für jeden Fehler hat er zu strafen. Zerrißene Bücher sind nicht zu dulden.

Im Sommerhalbjahr besuchen die ungehorsamen Kinder an den sechs Wochentagen nachmittags von 2 Uhr ab die Schule. Diejenigen Kinder, welche den Beichtunterricht besuchen, sind in dieser Zeit vom Schulunterricht befreit; weil sich alsdann weniger Kinder in der Schule befinden, können die Klassen kombiniert werden.

Die Ergänzungsstunden sind in den Schulplan aufzunehmen. (Rückübersezung.)

Nur soviel der Herr Inspektor, den Rest werden die Lehrer zugeben.

Aus Nr. 64 des Postep (Posen)
vom 17. März 1907:

Wird es uns jemals besser gehen?

Solche Fragen hören wir ein Mal über das andere, jeder schaut mit Schrecken auf den morgigen Tag. Was wird uns dieser Morgen Neues bringen, gute oder böse Nachrichten. Überall hört man Klagen, daß ein Schlag nach dem anderen gegen uns geführt wird, der Sturm tobt wie ein Orkan, um das polnische Haus zu vernichten, um es aus dem Fundament zu reißen. Bemühen sich denn der Hafatismus, die maßgebenden Sphären und alle Faktoren nicht, um durch Strafen und Gewaltmittel unser liebes Volk von der Vaterlandsiebe abzuschrecken. Ist das nicht eine wilde Auschreitung dieser Kampf, den die Preußen und der verbissene Hafatismus jene hochmütige freuzritterliche Horde mit uns führt, wo man die eine Nation gegen die andere aufseht, das ist doch handgreiflich, der Blinde könnte das fühlen, doch sie sehen nur in uns jene Aufwiegler, in uns, die wir uns vor jenem Hochmut verteidigen müssen, denn die teutonische Macht ist groß, wir aber sind klein, schwach und arm. Sie sind an Mitteln reich, sie haben alles, und wir haben gar nichts außer uns selber, daher müssen wir einen schweren Kampf auf Tod und Leben führen, um auszuhalten und nicht zu fallen.

Jeder vernünftige Mensch sieht diesen ungleichen Kampf, denn auf einer Seite stehen viele Millionen unserer verbissenen und unverblichenen Feinde, welche seit zweitausend Jahren mit dem Slaventum kämpfen, auf der anderen Seite das vier Millionen zählende polnische Volk im preußischen Anteil, welches jene Macht preußisch zu machen wünscht.

Den Geist zu töten, unsere Kultur zu töten, uns unseres Eigentums auf diesem unserem Boden zu berauben, uns zum Auswurf der Gesellschaft zu obdachlosen Landstreichern zu machen, uns in ein Proletariat umzuwandeln, das sind die preußischen und hafatistischen Bestrebungen. Und man wundert sich, daß wir mit Händen und Füßen, ja, sogar mit den Zähnen uns an das Erbteil unserer Väter halten. Wir verteidigen uns bis zum Äußersten und werden uns verteidigen, so lange als der Atem reicht. Wir müssen selber wissen, was in diesem Kampfe gut oder böse ist, wir dürfen in den legalen Verteidigungsmitteln des Kampfes nicht wählerisch sein, denn es ist klar, daß dem Schwachen alles zur Verfügung steht, was ihm nur in den Weg kommt.

Da wir eine eigene Kultur, eine Wissenschaft, eine reiche Literatur und eine wie Kristall, seit Jahrhunderten reine Vergangenheit haben, können wir nicht ohne weiteres eine Kultur annehmen, zu der wir vielmehr Abneigung als Vertrauen haben. Die deutsche Geschichte ist voll von Grausamkeiten, deshalb würden wir die nichtswürdigsten Menschen, Menschen ohne Ehre und Glauben sein, wenn wir einen solchen Schatz wie es Polen und unsere Sache ist, nichtswürdig und schändlich verraten sollten. Und sie würden in ihrer Verbissenheit uns wie einen richtigen Böbel verachten, denn sie kämpfen einzig nur deshalb gegen uns, weil wir eine so glänzende und reine Vergangenheit haben und weil wir an eine ebenso reine Zukunft glauben.

Uns ist es nicht gestattet an dieser unserer Zukunft zu zweifeln, uns ist es nicht gestattet zu zweifeln und zu klagen: „Was wird uns der morgige Tag bringen?“ Nein! Uns ist es nicht gestattet. Jeder von uns Zeitungslesern ist eine Fackel der nationalen Sache, denn er ist die Aufklärung und Wissenschaft, er ist die beste Waffe vor welcher der Hafatismus und selbst die Regierung werde kapitulieren müssen.

Die polnische Nation war und lebte bevor noch die heutigen Preußen waren und lebten; die polnische Nation hat verschiedene Stürme überlebt und wird auch jene Kämpfe des Hafatismus überleben, der Hafatismus wird verschwinden, aber Polen wird leben und bestehen, keine Kraft, keine Macht und um so weniger der Hafatismus an der Spitze, werden es überwältigen.

Nur müssen wir Polen zusammen gehen, wir armen und bedrückten, müssen auf eine gute Nahrung für unsere Seele bedacht sein, so wie wir es nötig haben. Um zu leben, müssen wir die Nahrung in den Mund nehmen; ja unser Geist bedarf einer geistigen Nahrung, um sich auf die Höhen zu erheben. Darum müßten die Leser polnischer Zeitungen agitieren, damit es recht viel Abonnenten gäbe, deshalb müßten wir eben jetzt agitieren, daß der „Postemp“ in dieser Zeit recht weit verbreitet wird, daß er unsere Stütze sei, denn eben diese Stütze ist unsere Presse, insbesondere ist es der „Postemp“.....

Aus Nr. 63 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 16. März 1907:

Aus Rogasen wird uns geschrieben: Seit mehr als drei Vierteljahre wird im Rogasener Gymnasium kein Religionsunterricht erteilt!!! — Es besteht hier ein „Verein deutscher Katholiken“!!

Aus Nr. 63 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 16. März 1907:

Eine neue Kreditbank.

In der gestern unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Rzepnikowski im Saale des Herrn Salacinski abgehaltenen Versammlung wurde, wie man uns mitteilt, eine Kreditbank für St. Lazarus und Umgegend gegründet.

In den Vorstand wurden gewählt die Herren: Stanislaus Plotkowiak, Stanislaus Karpinski und Gertych. In den Aufsichtsrat die Herren: Johann Kanjer, Josef Wialecki, Wladislaus Sotyczewski, Matylikan Dolatowski, J. Sobkowiak, St. Stolpe, Fel. Rowiski, Bol. Hoffmann und Prälat Klos.

Als Mitglieder ließen sich 39 Bürger einschreiben. „Glück auf“ der neuen Genossenschaft.

Aus Nr. 61 des „Dziennik Poznański“ (Posen)
vom 14. März 1907.

Generalversammlung des Bundes der polnischen Landwirte.

Montag, den 11., eröffnete Herr Dr. Thaddäus v. Jackowski in Vertretung des Herrn Marcell v. Zółkowski aus Godurowo um 6 Uhr abends die Generalversammlung und führte bei den Beratungen den Vorsitz. Nachdem er Herrn Bohdan Gr. Szembek aus Wysock als Protokollführer berufen hatte, erteilte der Vorsitzende dem Vorstandsmitglied Herrn Dr. Thaddäus Szuldrzynski aus Bolechow das Wort, welcher ein kurzes Bild über die Tätigkeit der Institution im verflossenen Jahre entwarf. Darauf legte das Vorstandsmitglied Herr v. d. Osten die Rechnungen und die Bilanz für das Jahr 1906 vor.

Der geistliche Rat Mojzyzkiewicz stellte im Namen der Revisionskommission den Antrag auf Decharge-

erteilung an den Vorstand und an den Aufsichtsrat, sowie um Bestätigung der Gewinnverteilung, was die Versammlung einstimmig bestätigt.

Die Verteilung des Gewinns wurde wie folgt gebilligt:

1. Zum Reservefonds (10% vom Gewinn)	1569,40 Mk.
2. Zur Spezialreserve (4% von der Reserve)	1600,00 "
3. Für Dividende 5%	5440,30 "
4. Remuneration für den Aufsichtsrat	1217,00 "
5. Gratifikation für den Vorstand und die Beamten	3550,00 "
6. Für zweifelhafte Ansprüche	2317,50 "
	15 694,20 Mk.

Es wurde beschlossen, auf den Anteil, wie oben gesagt worden ist, eine Dividende in Höhe von 5% auszuzahlen.

Darauf erstattete Herr Wieckowski Bericht über die am 15. März 1906 abgehaltene Verbandsrevision und stellte fest, daß alle Bücher, Positionen und Bilanzen in gehöriger Ordnung befunden wurden.

Gemäß den Statuten der Genossenschaft ordnete die Versammlung an, daß es der Genossenschaft „Bund der Landwirte“ nicht gestattet ist, zu überschreiten:

- a) bei Aufnahme von Anleihen die Summe von 500 000 Mk.
- b) bei Annahme von Depositen die Summe von 1 000 000 "
- c) bei Gewährung von Kredit an Mitglieder entsprechend dem § 47 des Genossenschaftsrechtsgesetzes die Summe von 100 000 "

An Stelle der austretenden 4 Mitglieder des Aufsichtsrats und zwar der Herren: Glabisz, v. Malczewski, geistlicher Rat Mojzykiewicz und Szigowski, wurden gewählt die Herren: Adalbert von Lipski, Thaddäus v. Chrzanowski, geistlicher Rat Mojzykiewicz und Szigowski.

Da keine Anträge gestellt wurden, schloß der Vorsitzende Herr Dr. L. v. Sackowski die Versammlung.

Die Teilnahme an der Generalversammlung war zahlreich.

Aus Nr. 65 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 15. März 1907.

Der Verband ostdeutscher Industrieller.

Wir wir aus den Berichten deutscher Blätter ersehen, fand in Posen am 26. Februar d. J. in Mylius Hotel die Generalversammlung des Verbands ostdeutscher Industrieller statt. Die Versammlung, an welcher u. a. teilnahmen der Landeshauptmann Dr. v. Dziembowski, der Geheime Bergrat Rosenberglipinski, der Regierungsassessor Schmidt, der Geheime Kommerzienrat Herz und viele andere, eröffnete mit einer Begrüßungsansprache der Direktor der Ostbank Herr Michalowsky. Der Syndikus des Verbandes ein gewisser Dr. John hielt einen Vortrag über die Industrialisierung der Ostmark, wobei er zu dem äußerst interessanten Schluß kam, daß eine Großindustrie, natürlich eine spezifisch deutsche bei uns notwendig sei aus Gründen sowohl wirtschaftlicher als auch politischer Natur. „Gegen die polnische Bewegung“ — so sagte er — „muß man durchaus aggressiv vorgehen und das ganze Gebiet gewinnen. Auf dem Gebiete der deutschen Industrie gewinnen. Auf dem Gebiete des Kleinhandels überraschen uns die Polen; doch dem polnischen Mittelstande kann man den Boden unter

den Füßen entziehen durch die Entwicklung einer Großindustrie. Landwirtschaft und Industrie bekämpfen sich hier im Osten nicht, sondern sie ergänzen sich, indem sie viele gemeinsame Interessen haben. Die Arbeiter kann die Industrie aus den Reihen der Sachseingänger nehmen; daher braucht man nicht zu befürchten, daß sie der Landwirtschaft durch Entziehung der Arbeitskräfte schaden sollte.“

Das sind die Worte des Syndikus des Verbandes Herrn John. Den uns in hohem Grade interessierenden Vortrag schloß Redner mit Ausdrücken der Anerkennung für die Regierung, welche die Interessen des Verbands in hohem Maße unterstütze. Schon mehrfach hatten wir Gelegenheit, uns davon zu überzeugen, daß der Verband der ostdeutschen Industriellen uns gegenüber feindlich gesinnt ist, namentlich gelegentlich verschiedener auf den Boykott der Polen zugeschnittener Publikationen, aus Telegrammen, die gelegentlich der Wahlen abgesandt wurden usw. Die Auslassungen des Herrn Syndikus, die zweifellos die Gedanken des gesamten Vorstandes und des überwiegenden Teiles der Mitglieder des Verbandes sind, beweisen uns unwiderleglich, daß

1. der Verband ostdeutscher Industrieller es als erforderlich erachtet, seinen Bestrebungen eine stark politische Färbung zu geben, welche er für seine Entwicklung erforderlich hält;
2. daß er in Konsequenz dessen den Polen den Kampf ankündigt, und in erster Linie dem polnischen Mittelstande;
3. daß ein Verband mit so ausgeprägt politischen Zielen sich nach den Worten des Herrn Syndikus großer Unterstützung seitens der Regierung erfreut;
4. daß er jedoch den polnischen Arbeiter nicht ausschließt und unsere Sachseingänger als geeignetes Arbeitermaterial für die wachsende deutsche Industrie ansieht.

Für eine Sitzung ist das wirklich genug! Daß uns die Staatsbehörden, die Ansiedlungs-Kommission, die zum größten Teil in den Händen deutsch-jüdischer Stadtverordneten und Räte befindlichen Kommunalbehörden boykottieren, davon wissen wir schon lange, und daraus machen die betreffenden Faktoren, die unsere Ratlosigkeit kennen, auch kein Geheimnis. Daß jedoch Vertreter der Industrie, die, sei es wie es wolle, von den Polen stark unterstützt wird, die Dreistigkeit besaßen, uns offen den Handschuh zuzuworfen und sich zu der Absicht zu bekennen, uns sogar auf dem Gebiete der Erwerbstätigkeit in Industrie, Handel und Handwerk auszuhungern, das ist noch nicht dagewesen, und erst die Versammlung dieser Herren in Posen hat uns darüber belehrt.

Hier haben wir die Quittung für unsere guten Absichten, für unsere Unterstützung des deutschen Gewerbes und Handels, dafür, daß es bei uns bis vor kurzem in polnischen Gütern von deutschen Beamten und Pächtern wimmelte, daß wichtigere Förster-, Oberförster- und Gutsverwalterstellen Deutsche einnahmen, daß Wälder, Getreide, Vieh Deutsche und Juden kauften und sich daran bereicherten, kurz, daß wir mit ihnen alles geteilt haben.

Daß der Verband mit den Grundsätzen des Herrn John einverstanden ist und sie unterstützt, unterliegt nicht dem mindesten Zweifel. Zunächst repräsentiert nämlich Herr John als Syndikus des Verbandes die Ansicht des ganzen Verbandes, zum mindesten des Vorstandes; zweitens hat in der Versammlung niemand die freuzückerlichen Ausführungen des Herrn John verdammt noch sie zu erklären sich bestrebt. Auch hat bisher keines der Verbandsmitglieder die Ausführungen des Herrn John widerlegt, was wir bestimmt erwarteten.

Wenn wir uns die Hauptzweige der Industrie in den Ostprovinzen, von denen Herr John sprach, betrachten, namentlich die Holzindustrie oder die Holzbearbeitung, die Molkereien, Brauereien, Brennereien, Spiritusfabriken, Zuckerfabriken, die bei uns und in Westpreußen vertreten sind, so kommen wir doch zu dem Resultat, daß die Polen einen keineswegs geringen Teil ihrer Arbeit, ihres Wissens und Kapitals in der Industrie anlegen, welche Herr John die „ostdeutsche“ zu nennen beliebt.

Doch über den unmittelbaren Anteil der Polen an der hiesigen Industrie hinaus geht unsere riesige Beteiligung als Konsumenten deutscher Industrieerzeugnisse, und als solchen kann es uns nicht gleichgültig sein, in welcher Weise die Herren deutschen Industriellen die polnische Frage zu behandeln geruhen.

Wenn wir, ruhig arbeitend, die deutsche Industrie und den deutschen Handel unterstützen in Berücksichtigung der wenig entwickelten polnischen Industrie, so tun wir dies vor allem darum, weil die Repräsentanten der deutschen Industrie politische Fragen in Angelegenheiten der Industrie nicht hineingezogen haben und die polnische Kundschaft ebenso bedienen wie die deutsche.

Doch wenn der Verband der ostdeutschen Industriellen als seine Aufgabe den Angriffskampf gegen die Polen proklamiert, dann müssen wir in dieser neuen Situation uns orientieren und darauf achten, daß unsere nationale Würde nicht geschädigt werde.

Herr John weiß gewiß nicht, wie viele ihrer Waren und Fabrikate die deutsche Industrie an Polen absetzt. Möge er Firmen wie H. F. Eckert-Berlin, Schwarz u. Sohn-Berlinchen, Siebersleben u. Co.-Bernburg, A. Bentzki-Graudenz, Schütz u. Bethge, Felix Hübner-Diegnitz, Max Kuhl-Posen, endlich den bei den Beratungen anwesend gewesenen Kommerzienrat Herrn Herz in Posen selbst befragen, wie viele landwirtschaftliche Maschinen und Geräte diese Fabriken an Polen absetzen!

Und wo bleiben die künstlichen Düng- und Futtermittel, der Rindviehimport? Haben etwa die Polen diesen Handel in Händen, der Millionen von Mark aus unserer Heimat herauszieht? Nein!

Sind die Hunderte und Tausende anderer Artikel, namentlich solcher, die zum häuslichen Gebrauch dienen, wie die Küchen- und Molkereigeräte, die Öfen, Fliesen, Teppiche, Leinenwaren und alle Webereiprodukte, Glas- und Porzellanwaren, schließlich sogar die Nahrungsmittel, Weine, Liköre, Zigarren polnische Fabrikate? Nein!

Alles nehmen wir von Deutschen, ob es schlecht oder gut ist, ohne Rücksicht darauf, daß bereits manche polnische Fabriken bestehen, — die deutsche Industrie aber hat uns, um sich in nichts von einem verbissenen Hafatisten zu unterscheiden, darauf nichts weiter zu sagen, als „Ausrotten!“

Wenn wir andererseits erwägen, wie die deutsche Industrie sich um uns bemüht, wie sie, ohne nach der Meinung von oben zu fragen, im eigenen, leicht begreiflichen Interesse uns mit polnischen Preisverzeichnissen, Bekanntmachungen, Plakaten überschüttet, wie sie polnische Agenten wirbt, welche eher in die polnische Tasche zu finden wissen, als in die deutsche, so scheint uns, daß der Weckruf des Herrn Syndikus zum aggressiven Vorgehen im ostdeutschen Gewerbe zum mindesten verfrüht ist.

Aber vielleicht haben wir den Herrn Syndikus schlecht verstanden? Vielleicht möchte er sein aggressives Programm in die Form von Ausnahmegesetzen etwa folgenden Wortlauts kleiden:

Jeder Pole muß die deutsche Industrie unterstützen und ausschließlich deren Erzeugnisse kaufen.

Jeder ostdeutsche Industrielle hat das Recht, zu fordern, daß die Polen, jeder im Verhältnis zu seiner Wohlhabenheit, bei ihm ein gewisses Quantum Waren kaufen zu einem um 20 Prozent höheren Preise als dem normalen ohne das Recht der Reklamation betreffs der Qualität der Ware.

Wieviel von der gegebenen Ware jeder Pole zu konsumieren hat, das berechnet eine ad hoc gewählte Kommission. In der Industrie dürfen die Polen nur als Arbeiter aktiv tätig sein. In Ausnahmefällen kann man auch polnisches Geld in der deutschen Industrie anlegen, jedoch unter der Bedingung, daß der Pole von vornherein auf alle Rechte und auf alle Nachforschungen für den Fall verzichtet, daß das Unternehmen nicht gehörig prosperiert.

Wenn die Herren vom Verbande solche Absichten haben, so bitten wir, das deutlich auszusprechen. Es wird das zwar sehr aggressiv sein, aber wenigstens offen, wir aber schätzen einen offenen Feind höher als zehn falsche Freunde.

Mit bewundernswerter Geistesstärke findet sich Herr John mit der Frage des Arbeiters in den künftigen ostdeutschen Riesenunternehmungen ab. Er rät, die Sachjengänger hier zu behalten, um der Landwirtschaft — wie man vermuten kann der deutschen — keinen Abbruch zu tun. Aber Herr John! Das ist ja der polnische Arbeiter, und wenn dieser in der Heimat bleibt, wird er doch wiederum den polnischen Industriellen und Kaufmann unterstützen. Dadurch wird er wieder die edle Arbeit der Großindustrie, die darauf abzielt, dem polnischen Mittelstande den Boden abzugraben, zunichte machen.

Sollen hier von neuem irgendwelche Ausnahmegesetze helfen? Tief bedauern muß man die Anschauungen des Verbandes, denen der Herr Syndikus Ausdruck verliehen hat, und zwar, daß die Industrialisierung der Ostprovinzen des Staates nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische Notwendigkeit sei, und ferner, daß eine deutsche Industrie entstehen solle auf Kosten des polnischen Mittelstandes. Und recht tut der Verband, wenn er Anlehnung an die Regierung sucht und von dort her Hilfe erwartet; denn eine Industrie mit derartigen Zielen im Bufen kann sich selbst nicht heben. Sie hat Millionen wie die Ansiedlungskommission nötig, ihr müßte man Ostmarkenzulagen gewähren, damit sie künstlich vegetieren könnte; denn zu redlicher, nutzbringender Arbeit führt unseres Erachtens ein anderer Weg.

Dieser Weg ist die Vinderung der politischen und nationalen Gegensätze, gleiches Recht für alle Bürger eines Landes ohne Ausnahme, offene Konkurrenz ohne Sichumsehen nach der Hilfe der Regierung, solidarische Arbeit in den sozialen und Landesinstituten ohne Begünstigung der einen Nationalität unter Schädigung der anderen, vor allem aber Bereitschaft zu gemeinsamer Arbeit an der Hebung des Landes.

Von solchen Grundsätzen lassen sich die englische und die amerikanische Industrie leiten, einzig solche Grundsätze können auf unsere Beteiligung rechnen. Solche Grundsätze kann lediglich ein Industrieller haben, dem es sich außer dem Vollstopfen der eigenen Tasche um andere und edlere Ziele handelt.

Aus Nr. 63 des Lech (Gnesen)
vom 16. März 1907:

Die Parzellierungsgenossenschaft der polnischen Landwirte bzw. die von ihr an den Rechtsanwalt Wolinski gezahlte Pension gibt dem Lech Veranlassung zu folgender Bemerkung:

Die Pensionsfondsangelegenheit betrifft in der Hauptsache den Rechtsanwalt Wolinski, der von dem Posten eines Direktionsmitgliedes der Genossenschaft zurückgetreten ist, nachdem die Angelegenheit des Verkaufs des Gutes Piotrkowice laut geworden war. Wolinski bezieht seitdem ein Ruhegehalt von einigen Tausend Mark jährlich. Das ist doch ein wahrer Skandal, denn es würde erklärlich erscheinen, wenn das Ruhegehalt ein Mann beziehen würde, der zur weiteren Arbeit unfähig oder einer Unterstützung tatsächlich bedürftig ist. Rechtsanwalt Wolinski ist aber weder arbeitsunfähig noch unterstützungsbedürftig, da er bei den politischen Prozessen recht viel Geld verdient. Würde ihm das öffentliche Wohl am Herzen liegen, dann würde er die Tausende von Mark aus einer Kasse sich nicht zahlen lassen, welche die polnischen Landwirte um das Geld geradezu preßt. Es soll nur kurz bemerkt werden, daß die Erhebung von 10. v. H. Zinsen von Darlehen auch als Presserei bezeichnet werden kann, wodurch zahlreiche polnische Wirtschaften in den Rachen der Ansiedlungskommission getrieben worden sind.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 19 des Mazur (Ortelsburg)
vom 10. März 1907:

Etwas über den Schulstreik in den polnischen Provinzen.

Ein mit „**F. Bienkowski, Arbeiter**“ unterzeichneter Artikel bespricht zunächst das Zahlenverhältnis der sozialdemokratischen Abgeordneten zu den polnischen Abgeordneten und geht dann auf den Schulstreik über. Es heißt da u. a.:

Die Gegner sagen so: Die Eltern sind nur im Hause Vertreter Gottes, in der Schule ist es der Lehrer. Also müssen die Kinder in der Schule dem Lehrer in allen Dingen gehorjam sein. Auf welche Seite soll man sich hier nun stellen? Passe genau auf! — Ich sage so: Es ist ja wahr, daß das Kind in der Schule seinem Lehrer gehorjam sein muß, **aber ob in allen Dingen?** Auf diese Frage antwortet selbst der Schulinspektor: **Nein!** Und ferner sagt er: Wenn dich der Lehrer aus der Schule schießt, damit du ihm die Kuh hüttest, so brauchst du ihm nicht zu gehorchen, er hat kein Recht dazu solche Befehle zu erteilen. (Und trotzdem ist dem Kinde Strafe sicher, wenn es dem Lehrer nicht gehorchen würde, wenn auch nicht direkt, so doch gelegentlich.) **Aber die Sache, um derentwillen jene polnischen Kinder streiken, ist eine viel wichtigere Sache.** Denn an diese Sache (nämlich an ihre Muttersprache) halten sie als eins der Glieder ihrer Religion. Und in dieser Sache spricht zu ihnen nicht der Schulinspektor, sondern der Herr und König selbst, ihr Herr Jesus, daß sie nicht denjenigen gehorchen sollen, welche die Macht über ihren Leib haben, sondern dem, der die Macht über ihre Seelen hat. Und so ist also der Religionsstreik in der Schule nicht nur kein Ungehorsam, sondern er ist ein guter Kampf, zu dem der rechte Christ berufen ist. Und hier sind die mächtigen Truppen erstanden, von denen die Welt noch nicht gehört hat, und die für den König und für ihr ewiges Vaterland kämpfen. Das ist ein kleines Heer, in dem eine große Kraft steckt. **Das ist ein geschändetes Heer, das großen Ruhm erntet.** Wehe, wehe dem, der eines dieser Kleinsten ärgert.“

Der Schluß des Artikels handelt von der Bezeichnung der Muttersprache in Religionsangelegenheiten.

Aus Nr. 29 des Pielgrzym Pielgrim)
vom 7. März 1907:

In Sachen der Gerichte.

Die Geistlichkeit spielt in den heutigen Zeiten in der Entwicklung unserer sozialen und ökonomischen Verhältnisse die erste Rolle. Das erkennt jeder an, sogar auch unsere Feinde, weshalb sie mit großem Ingrimm gegen unsere ehrwürdigen und liebe Geistlichkeit auftreten.

Wo in einer Bank oder in einer anderen Genossenschaft ein Geistlicher an der Spitze steht, dort entwickelt sich die Bank in schnellem Tempo und wird leistungsfähig.

Unsere Vereine leben hauptsächlich infolge der Tätigkeit der Geistlichkeit.

Also der Geistliche hat heutzutage viel Arbeit von allen Seiten, aber trotzdem mache ich heute einen Vorschlag, damit unsere ehrwürdigen Seelenhirten noch mehr Arbeit auf sich laden.

Wieviele Tausend Mark (angeblich schon über 50 000 Mark) fließen in die preußische Tasche aus Anlaß des Streiks und der dafür zu verhängenden Strafen.

Es ist schade um das mit deinen Händen sauer verdiente Geld, polnisches Volk!

Doch höre! Es gibt ein Mittel, um dieses Geld wieder abzunehmen und es dem Volke wieder zurückzuerstatten.

Und die Antwort:

Wie schön wäre das; aber wie soll man es machen?

Also höre:

Nimm zwei Glaubensgenossen und gehe mit ihnen zu deinem geliebten Seelenhirten und bitte ihn, daß er in der Pfarodie ein Schiedsgericht einrichte. Möge der Herr Propst Vorsitzender dieses Gerichts sein, und zwei oder vier der besten durch eine zu diesem Zwecke einberufene Versammlung gewählte Parochianen mögen Beisitzer sein.

Und du Volk, wende dich an dieses durch dich gewählte Gericht mit allen Klagen.

Dann werden alle Strafen, alle Streikkosten im Laufe eines halben Jahres den polnischen Taschen wieder zugeflossen sein.

An das Patronat der „Volkvereine“ wende ich mich dagegen mit der demütigen Bitte, daß es überall, wo sich der Geistliche selbst in allernächster Zeit mit der Einrichtung eines Schiedsgerichts nicht befaßt, der ehrwürdige Herr Pfarrer und Patron innerhalb des Vereins ein Schiedsgericht einrichtet. Und ohne Zweifel wird dieses Gericht seinen Einfluß in kurzer Zeit auch über den Verein hinaus gewinnen.

Unsere ehrwürdigen Geistlichen bitte ich und flehe sie an, daß sie sich von dieser zwar schweren und vielleicht auch viel Kummer bereitenden Arbeit im Schiedsgericht nicht entziehen möchten.

Ihr seid berufene Verkünder des Friedens und der Eintracht.

Schön und verdienstvoll ist die Arbeit im Verein.

Schön und verdienstvoll ist die Arbeit an dem Wohlstande des Volkes in den Banken!

Aber wenn man berücksichtigt, um wieviel sich der Wohlstand des Volkes durch die Schiedsgerichte hebt, wieviele hundert Mark bleiben dem Volke von der ersten Instanz an (beim Winkeladvokaten), dann beim Rechtsanwalt bis zur letzten Instanz (beim Gericht) für eine elende Sache, wieviel werden für Fuhrwerke ausgegeben, wieviel im Gasthause in der Stadt, ich übertreibe es gewiß nicht, daß der im Schiedsgericht tätige Geistliche

sich um das soziale und ökonomische Wohl am meisten verdient macht.

Die anderen Blätter bitten wir um Wiederholung bezw. um Anregung dieser Angelegenheit.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 65 des Gornoslazak (Kattowitz)

vom 20. März 1907:

Betrifft Besetzung des erzbischöflichen Stuhls in Posen.

Unter Bezugnahme auf die einschlägigen Mitteilungen in der Pos. Ztg. und im Anschluß an eine im Dziennik Poznański gebrachte Notiz, daß das Gerücht gehe, Professor Zdralek und Erzpriester Glowacki, die sich beide der Unterstützung des Kardinals Ropp erfreuten, figurierten ebenfalls unter den Kandidaten für den erzbischöflichen Stuhl, schreibt der Gornoslazak:

Das sind natürlich nur Gerüchte. Professor Zdralek ist politisch nicht hervorgetreten. Dagegen ist die politische Tätigkeit des Erzpriesters Glowacki der polnischen Gesamttheit so unsympathisch, daß man im Falle seiner Wahl voraussehen darf, daß er auf großes Mißtrauen bei der Geistlichkeit, wie auch bei dem Rest der polnischen Volksgesamtheit, mithin bei den Diözesanen stoßen würde. Aus diesem Grunde darf angenommen werden, daß Herr Erzpriester Glowacki die erzbischöfliche Mitra, die für ihn aller Wahrscheinlichkeit nur eine Dornenkrone werden würde, gar nicht annehmen dürfte.

Übrigens muß bemerkt werden, daß auch die Haskisten mit der Wahl des Herrn Erzpriesters Glowacki nicht zufrieden wären, wie sich dies unlängst deutlich gezeigt hat, als seine Kandidatur für den Posten eines Weihbischofs in Breslau besprochen wurde. Den Haskisten ist der Erzbischof Glowacki noch zu sehr Pole. Sie könnte nur Pfarrer Rassek befriedigen, der das verbissenste haskistische Blatt zu seinem Leiborgan gemacht hat.

Aus Nr. 61 des Glos Slaski (Gleiwitz)

vom 14. März 1907:

Der Ostmarkenverein und die kirchliche Behörde in Schlesien.

Im Anschluß an die bekannte vom Ostmarkenverein in einer Versammlung zu Breslau angenommene Resolution, in welcher auch der Kirchenbehörde für ihre Haltung gegenüber dem Schulstreik gedankt wird, schreibt der Glos Slaski, nachdem er darzutun versucht hatte, daß der Religionsunterricht in der Muttersprache zu erteilen sei, was folgt:

Daß Kardinal Ropp die (von den radikalpolnischen Geistlichen einberufene) katholische Versammlung in Kattowitz verboten hat, war seinerseits ein großer Fehler, und für die katholisch-polnische Bevölkerung war und bleibt dies ein Unrecht. Die Ostmarkvereinsisten samt den haskistischen Zeitungen klammern sich jetzt daran, sie loben den Herrn Kardinal; sogar in einer besonderen Resolution zollen sie ihm Anerkennung für sein „bestimmtes“ Auftreten, die katholisch-polnische Bevölkerung aber tadeln sie. Auf diese Weise wird eine traurige, bauernswerte Spaltung zwischen dem regierenden Bischof und den Gläubigen geschaffen.

Vor einigen Tagen teilten wir noch dem Dziennik Poznański mit, daß in einem zu Schrimm gegen die Geistlichen Oskoniowski und Budajewski in Sachen des Religionsunterrichts angestregten Prozesse der Staats-

anwalt vor Gericht erklärt habe, Kardinal Ropp habe gesagt, es sei durchaus nicht Grundsatz der katholischen Kirche, daß der Religionsunterricht in der Muttersprache zu erteilen sei.

Das ist fast kaum glaublich, obgleich andererseits schwerlich anzunehmen ist, daß sich der Staatsanwalt vor Gericht auf den Herrn Kardinal Ropp berufen hätte, ohne ganz bestimmte Anhaltspunkte hinsichtlich dessen zu haben.

Wenn die Sache schweigend vorübergeht und der Herr Kardinal Ropp nicht für ihre Berichtigung sorgen wird, dann wird der Ostmarkenverein in seiner nächsten Versammlung dem Herrn Kardinal sicherlich in einer besonderen Resolution dafür seinen Dank ausdrücken. Wie lange noch werden diese traurigen Verhältnisse anhalten? Wohin soll das führen? Wenn eine Berichtigung nicht erfolgt, dann kann von der katholisch-polnischen Bevölkerung bei uns in Schlesien die ganz berechnete Frage gestellt werden:

Quo vadis, du, unser hochwürdigster Herr Erzhirte?

Aus Nr. 35 des Polak (Kattowitz)

vom 21. März 1907:

An unsere Abiturienten.

Aus Breslau.

Die Zeit der Abiturientenprüfungen geht zu Ende; alle diejenigen, die aus ihnen glücklich und erfolgreich hervorgegangen sind, haben eine gewisse Berechtigung, sich in ihrer Freude ein wenig hinreißen zu lassen. Insbesondere diejenigen, die nicht Theologen werden wollen, denen das Breslauer Konvikt gewisse Fesseln anlegt, erwarten sicherlich mit Ungeduld den Zeitpunkt, mit welchem die akademische „goldene Freiheit“ beginnt.

Aber gerade dieser Zeitpunkt kann in nationaler Beziehung für sie kritisch werden. Gleich beim Beginn der Studien wird es sich entscheiden, ob unsere ober-schlesischen Polen ihrer Nationalität treu bleiben werden, oder ob sie ihr Polentum aufgeben und es verleugnen werden, indem sie in irgendeine deutsche Korporation eintreten.

Insbesondere den deutsch-katholischen Vereinen „Unitas“, „Franko-Borussia“, „Mania“ und der Verbindung „Winfridia“ in Breslau gelingt es noch sehr leicht, viele Söhne des ober-schlesischen polnischen Volkes für ihre Reihen zu „feilen“. In diesen Korporationen nehmen sie bald deutschen Geist in sich auf, und es ist bitter zu sehen, wie sie sich dann weigern, polnisch zu sprechen, und wie sie sich langsam germanisieren. Im späteren Leben aber treten sie als Feinde des Polentums auf, zum Ärger des ganzen Volkes. Die traurigsten Beispiele in dieser Beziehung sind die Zentrumskandidaten der letzten Reichstagswahlen: Glowacki, Chrozniński, Skowronek, Loß usw., von denen sicherlich niemand behaupten darf, daß sie „urdaitsch“ sind. Seinerzeit, als es noch kein theologisches Konvikt gab, waren sie als Studenten in der „Unitas“ und „Winfridia“ „aktiv“, und heute sind sie „Alte Herren“ dieser Korporationen.

Es ist fast unglaublich, und doch ganz wahr, daß sich sogar eine ansehnliche Anzahl von den Mitgliedern, die sich auf der Mensur der Burschenschaft „Raczek“ schlagen, aus unseren polnischen Oberschlesiern rekrutieren. Es ist unangenehm, auf einen solchen am Kopf und im Gesicht geradezu mörderisch zerhauenen „Bundesbruder“ polnischer Abkunft einen Blick zu werfen.

Mögen also unsere polnischen Abiturienten, wenn sie in Breslau oder anderswo die Universität besuchen, standhaft sein und sich nicht von den Abgesandten der verschiedenen Korporationen zum „Aktivwerden“ verleiten lassen, mögen sie den gleichgültigen Lobpreisungen des „Korporationslebens“ nicht unterliegen, statt dessen

mögen sie mit einander und mit den besseren Landsleuten aus dem Posenschen usw. verkehren. Möge schließlich Oberschlesien eine eigene polnische Intelligenz hervorbringen: polnische Ärzte, Rechtsanwälte usw.

Den Theologen im Konvikt wird der Rat erteilt, sich untereinander zusammenzuschließen und sich gegenseitig in nationaler Hinsicht aufzuklären. Auf diese Weise würde man es bald erleben, daß die größere Hälfte der Breslauer Konviktisten polnisch verbliebe trotz der Auflösung des „Polnischen Zirkels“ durch den Herrn Kardinal.

Den jungen Theologen mögen als Muster gelten unsere braven Geistlichen und Abgeordneten: Skowronski, Brandys und Janowski.

Alle polnischen Blätter Oberschlesiens werden um Wiedergabe des Vorstehenden ersucht.

stud. phil. S. R.,
ein Nationaler.

Aus Nr. 65 des Gornoslazak (Kattowitz)
vom 20. März 1907:

Aufruf an die Landsleute im Kreise Lublinitz.

Landsleute!

Wie euch gewiß bekannt ist, war es während der verfloßenen Wahlen im ganzen Kreise (selbst um 100 Mk. für die Stunde) nicht möglich, einen Versammlungsraum aufzutreiben, weshalb unser Kandidat und jetziger Abgeordnete, der hochwürdige Herr Pfarrer Janowski, nicht ein einziges Mal zu seinen Wählern sprechen konnte. Damit es in Zukunft nicht ebenso wäre, beschloßen die Unterzeichneten ein Komitee zur Sammlung freiwilliger Beiträge für den Bau eines Saales in Lublinitz zu gründen.

— Landsleute! Wenn jeder von euch wenigstens eine kleine Spende hingibt, so werden wir in kurzer Zeit einen Saal haben, und wir werden über unser hartes Los selbst beraten können. Wie Ihr gesehen habt, ist unsere Zahl groß, so wird es auch viele Beiträge geben, wenn jeder auch nur ein ganz kleines Opfer bringt, daß so notwendigen Werkes beitragen wird. Vorwärts also im Namen Gottes, liefert Beiträge bei den Unterzeichneten oder direkt bei Herrn Dr. Franz Willert in Lublinitz ab, der über die geleisteten Beiträge in unseren Blättern quittieren wird.

Pfarrer Rogowski, Zendrysek. Dr. F. Willert, W. Riser, M. Rzeznicek, Lublinitz. J. Stasiak, Babinitz. J. Bednarz, Guttentag. W. Mainczyk, Groß-Elguth. P. Soloch, Gleiwitz. T. Ruzanski, Gajchinka. J. Czarnecki, Hadra. Kalinowski, Zendrysek. J. Daj, Koschentin. J. Weber, Koschmidor. J. Broll, Kochowice. P. Gruca, Molno. J. Jaszczoł, Schierokau. J. Hadzik, Wendzin. J. Fuchs Wierzbina. St. Adamiec, Wojschnitz.

Aus Nr. 66 des Gornoslazak (Kattowitz)
vom 21. März 1907:

Polnisches Vereinshaus in Oppeln.

O p p e l n.

Am letzten Sonntag wurde, wie die Gazeta Opolska schreibt, in einer Sitzung des „Komitees zum Bau eines polnischen Vereinshauses“ beschloßen, möglichst bald einen geeigneten Bauplatz zu erwerben und Umschau zu halten, ob in der Stadt nicht ein schon fertiges Ge-

bäude erstanden werden könnte. Der Wirt, Herr T. Baron, der diesen Vorschlag machte, verpflichtete sich, sich dieser Sache anzunehmen. Außerdem wurde beschloßen, in den Dorfgemeinden Vertrauensmänner zu bestellen, an welche die Spender ihre Beiträge zum „Polnischen Vereinshause“ abliefern könnten, weil ein großer Teil der Bevölkerung selten in die Stadt kommt und, wie man es schon von verschiedenen Seiten vernehmen konnte, keine Gelegenheit hat, ihre Beiträge zu entrichten. Das Komitee ersucht, Vertrauensmänner aus den Dorfgemeinden möchten sich freiwillig in der Redaktion der Gazeta Opolska melden. Ihre Aufgabe wird leicht sein, weil sie nur ihnen übergebene Beiträge annehmen und dann an die Redaktion der Gazeta Opolska oder an den Kassierer Herrn St. Szychalski abliefern sollen.

Aus Nr. 65 des Gornoslazak (Kattowitz)
vom 20. März 1907:

Aus dem Kreise Kosel.

In Kosel fand eine Versammlung von Landwirten des Kreises Kosel zwecks Gründung einer landwirtschaftlichen Genossenschaft für den Kreis Kosel statt. Mit dem Verlauf der Versammlung war ich keineswegs zufrieden. Vor allem gefiel es mir nicht, daß die Verhandlungen nur in deutscher Sprache stattfanden, mir gefiel ferner das Auftreten des Herrn Malcherek aus Reinschdorf nicht und auch nicht die Wahl in den Vorstand der neu gegründeten Genossenschaft.

Alle Verhandlungen fanden deutsch statt. Nur deutsch sprachen die Beamten des schlesischen Bauernbundes, die aus Breslau eingetroffen waren. Auch alle aus dem Kreise Kosel erschienenen Landwirte ergriffen nur in deutscher Sprache das Wort.

Man hätte glauben können, daß man nur Deutsche vor sich habe. Warum wird denn in solchen Versammlungen nur deutsch gesprochen? Weil sich der Vorstand des Bauernbundes nicht um Beamten bemüht hat, welche die polnische Sprache beherrschen. Im Bundesvorstand sitzen zum größten Teil nur Deutsche aus dem Westen. Wenn irgend eine Stelle frei ist, sucht der Vorstand irgend jemanden aus Westdeutschland, irgend einen Landsmann anzustellen, und er bemüht sich nicht darum, dem Bunde polnisch sprechende Personen zuzuführen. Wenn andere Institute, z. B. die Parzellierungsbank, imstande sind, polnisch sprechende Beamten ausfindig zu machen, weshalb sollte dies der schlesische Bauernbund nicht können?

In Kosel wurde nicht polnisch gesprochen, weil die Verhandlungen ein Deutscher leitete, der eine fiskalische Domäne gepachtet hat. Was würde die Regierung sagen, wenn er polnische Verhandlungen zuließe? — Warum haben sich aber die Landwirte des Kreises Kosel unter sein Kommando gestellt?

Es wurde nicht polnisch gesprochen, denn es waren einige Herren, einige Großgrundbesitzer anwesend. Wir polnischen Landwirte verlangen, daß in den Versammlungen des Bauernbundes auch die polnische Sprache berücksichtigt werde, und daß der Vorstand in Breslau uns in die polnischen Gegenden Redner entsenden wolle, die auch polnisch sprechen.

In grellem Lichte zeigte sich auch die Verbissenheit eines Zentrumsmannes. — Als die Verhandlungen in wirtschaftlichen Fragen geführt wurden, pläzte ein polnischer Bauer Malcherek aus Reinschdorf heraus und fing an, über die Anhänger der polnischen Partei zu schimpfen. Niemand wollte die Ausführungen Malchereks anhören. Man ließ ihn nicht sprechen. —

Wenn Herr Malcherek wieder in einer Versammlung sprechen will, so möge er zur Sache reden. Wenn von wirtschaftlichen Fragen die Rede ist, dann ziemt es sich nicht, über Politik zu sprechen. Wenn Sie, Herr Malcherek über die polnische Partei schimpfen wollen, so sprechen Sie, wo es Ihnen beliebt, aber in einer Bauernversammlung von Politik zu sprechen, ist nicht am Platze. — Sie sahen doch, Herr Malcherek, daß ein solcher Konservativer, wie der Herr Baron Reibnitz, von politischen Angelegenheiten gänzlich geschwiegen hat. — Sogar Herr Mettenheimer berührte die Politik nicht, obgleich ihm die Regierung eine fiskalische Domäne in Pacht gegeben hat und obgleich er Regierungsparteiler ist. — Wenn von Regierungsanhängern die polnische Partei nicht zur Sprache gebracht wird, weshalb konnte sich da der Zentrumsmann Herr Malcherek nicht enthalten, diese Partei anzugreifen? — Übrigens sind Sie, Herr Malcherek, schon in der Versammlung abgefertigt worden, denn man ließ Sie nicht reden.

Ich muß bekennen, daß hinsichtlich der Aufklärung der Arbeiter im Industriebezirk gewöhnlich höher steht, als manche Landwirte.

Interessant war auch die Wahl der Vorstandsmitglieder der neu gegründeten Genossenschaft. Zuerst verständigte sich der Vorsitzende Herr Mettenheimer mit Herrn Wünsche, wer in den Vorstand gewählt werden soll. Er schlug dann seine Kandidaten vor, und die Versammlung gab ihnen ihre Zustimmung.

Was für Kandidaten schlug uns nun Herr Mettenheimer vor? Vorsitzender des Vorstands ist ein Deutscher protestantischen Bekenntnisses; der Vorsitzende des Aufsichtsrats ist ebenfalls ein Deutscher des gleichen Bekenntnisses. Außer diesen sitzt noch ein Protestant im Vorstand. Die anderen Mitglieder sind Katholiken; während der letzten Wahlen hatten sich diese öffentlich für den regierungsfreundlichen Kandidaten, den Herrn Landrat, erklärt. Vielleicht sind zwei Ausnahmen unter ihnen. Die Mitglieder aus der Pfarochie Lenschütz wurden bei der Wahl der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats gänzlich übergangen. Als aus dieser Pfarochie einer vorgeschlagen wurde, der aus seiner nationalen Gesinnung kein Hehl macht, erklärte Herr Mettenheimer, daß dieser Herr keineswegs zum Vorstandsmitglied geeignet sei, wie überhaupt niemand aus Lenschütz. Zufällig fiel die Mehrheit der Stimmen in der Pfarochie Lenschütz auf einen polnischen Kandidaten, vielleicht deshalb, weil aus der Pfarochie Lenschütz zum Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats niemand geeignet war.

Auch das ist interessant, daß die anwesenden Zentrumsleute alle für den Protestanten stimmten, als es sich aber um die Wahl eines solchen handelte, der als Pole bekannt ist, stimmten die Zentrumsleute gegen ihn. — Man sieht, den Zentrumsleuten ist ein Protestant lieber als ein polnischer Katholik.

Was haben wir in Anbetracht dieser Verhältnisse zu tun? Die Pfarochianen wollten sofort aus der Genossenschaft austreten. Diese Ansicht teilte aber ihr Herr Pfarrer nicht. Bis jetzt haben in der Genossenschaft die Anhänger des Herrn Mettenheimer das Übergewicht. Es ist also notwendig, daß auch andere in diese Genossenschaft eintreten, die Herrn Mettenheimer nicht blindlings folgen. Dann wird es uns gelingen, die Stellen im Vorstand und im Aufsichtsrat nach der Zahl der Mitglieder dieses und jenes Bekenntnisses gerecht zu verteilen.

Ein Koseler.

Aus Nr. 31 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 12. März 1907:

Die Volksbank (Bank Ludowy) in Oppeln.

Allgemeine Übersicht
über die Entwicklung der Volksbank
in Oppeln seit ihrer Gründung
bis zum 1. Januar 1907.

Es waren	Mitglieder	Spareinlagen Mk.	Darlehen Mk.
Am 1. Januar 1898	74	49 701,60	40 942,95
" 1. " 1899	209	145 083,80	132 839,20
" 1. " 1900	302	261 288,55	236 330,35
" 1. " 1901	385	370 437,65	370 968,75
" 1. " 1902	503	481 819,—	454 822,80
" 1. " 1903	629	605 380,95	495 869,70
" 1. " 1904	744	768 193,70	665 101,60
" 1. " 1905	878	1 096 460,50	896 796,10
" 1. " 1906	1060	1 406 985,20	1 115 721,95

Am 1. Januar 1907 betragen:

1. der Reservefonds	12 000,— Mk.
2. die Spezialreserve	6 162,15 "
3. die Geschäftsanteile	32 248,60 "
4. die Spareinlagen	1 853 980,80 "
5. die abgehobenen Zinsen	4 000,— "
6. der Dispositionsfonds der Generalversammlung	5 728,85 "

Zusammen ... 1 914 120,40 Mk.

7. in der Verbandsbank zu Posen befanden sich	429 709,10 Mk.
8. die Aktien	6 000,— "
9. die Unkosten	406,10 "
10. die Wechsel	1 386 824,80 "
11. die Immobilien	72 500,— "
12. der Barbestand	18 680,40 "

Zusammen ... 1 914 120,40 Mk.

Den 3. d. Mts. beschloß die Generalversammlung, eine Dividende von 5 Prozent zu gewähren, den Rest im Betrage von 4 664,35 Mk. der Reserve zuzuschreiben, so daß die Reservefonds zusammen 22 826,50 Mk. betragen.

Die Mitgliederzahl belief sich am 1. Januar 1907 auf 1199.

Aus Nr. 33 des Nowiny Raciborskie (Ratibor)
vom 16. März 1907:

Die Generalversammlung der Volksbank (Bank Ludowy) in Ratibor

fand Mittwoch abends um 7 Uhr im Lokale des Herrn Kraleja „Neue Welt“ statt. Aus dem Jahresbericht entnehmen wir, daß im verflossenen Jahre 33 Mitglieder austraten, 14 starben und 22 ausgeschlossen wurden. Auf das Jahr 1907 gingen 1212 Mitglieder über, mithin 116 mehr, als im Vorjahre. — Daß die Bevölkerung in der Umgegend von Ratibor ihrer Bank volles Vertrauen entgegenbringt, das beweist die unablässige Zunahme der Spareinlagen. Am Ende des Jahres 1906 beliefen sich die Spareinlagen auf 1 546 598,98 Mark, d. h. nahezu mit 420 000 Mark mehr als im Vorjahre. Wenn einerseits die Zunahme der Spareinlagen das große Vertrauen zur Bank beweist, so ist es andererseits auch ein löbliches Zeugnis für den Fleiß unserer Bevölkerung, die unter schweren Verhältnissen ihr Brot verdienen muß und eine solche Neigung zur Sparsamkeit fühlt. — Die Reservefonds werden laut Beschluß der Generalversammlung nach Zuschreibung

eines Teils des Gewinnes aus dem verflossenen Jahre die ansehnliche Summe von über 36 000 Mark betragen. — Auch von dieser Seite haben also die Mitglieder die Gewißheit, daß die Bank sehr umsichtig arbeitet und ein immer wichtigeres Institut wird. Am Schluß bemerken wir noch, daß insgesamt 1 312 760,10 Mark Darlehen gewährt wurden. Unserer Bank wünschen wir eine weitere Entwicklung mit dem altpolnischen Rufe: Glück auf!

Aus Nr. 69 des Głos Slaski (Gleiwitz)
vom 13. März 1907:

Generalversammlung der Volksbank (Bank Ludowy) in Gleiwitz.

Sonntag, den 10. d. M., fand unter dem Vorsitz des Vorsitzenden Herrn Piechowski die Generalversammlung der Volksbank in Gleiwitz statt. Aus dem Bericht für das Jahr 1906, den Herr Direktor Orlicki erstattete, überzeugten wir uns, daß die Volksbank in Kattowitz zwar langsame, aber sehr gesunde bestimmte und eine gute Zukunft prophezeiende Fortschritte macht. Am Schluß des Jahres 1906 bestand die Bank aus 659 Mitgliedern, von denen 91 im Laufe des letzten Jahres beigetreten waren. Alle diese Mitglieder haften mit ihrem ganzen Vermögen, so daß die Spareinlagen in jeder Beziehung völlig sicher sind. Welchen allgemeinen Vertrauens sich die Volksbank in Gleiwitz erfreut, erhellt eben aus den Spareinlagen der Bank; am Jahresanfang befanden sich daselbst nicht ganz 637 000 Mark Spareinlagen, und im Laufe des Jahres 1906 wurden nahezu weitere 293 000 Mark hinterlegt. Ehre und Lob sei unserem Volke dafür, daß es der Arbeit und Sparjamkeit zustrebt; denn Gebet und Arbeit, Arbeit und Sparjamkeit führen uns zum Besitz und Wohlstand, was uns so sehr nützt! Außer den hinterlegten Spareinlagen hatten die Mitglieder am Ende des Jahres 1906 beinahe 34 000 Mark Geschäftsanteile. Wie viele Menschen von der Hilfe der Bank Gebrauch machen, entnehmen wir aus der Gesamtsumme der von der Bank gewährten Darlehen. Auf das Jahr 1906 gingen mehr als 487 000 Mark Darlehen über, und im Laufe des Jahres 1906 wurden weitere 560 000 Mark verliehen.

Solche Fortschritte der Bank mußten auch jeden befriedigen, kein Wunder also, daß die Generalversammlung sowohl dem Vorstand, als auch dem Aufsichtsrat Entlastung erteilte.

In den Aufsichtsrat wurde außer den drei Abtretenden als neue Kraft Herr Thomas Markiefta gewählt. Das über die von einem gerichtlichen Revisor vollzogene Revision verlesene Protokoll fiel für die Bank sehr günstig aus.

Schade daß die Mitglieder zur Generalversammlung nicht zahlreicher erschienen waren. Um es allen bequem zu machen, hatte der Vorstand die Generalversammlung absichtlich auf einen Sonntag einberufen, was aber mehr Teilnehmer dennoch nicht herbeigezogen hat. Wir müssen auch hervorheben, was viele noch nicht wissen und worauf Herr Direktor Orlicki die Anwesenden ausdrücklich hinwies, daß nämlich die Volksbank in Gleiwitz Darlehen durch Sicherstellung erster Hypotheken zu 5% erteilt, und daß jedem das, was er abzahlt, sofort zugeschrieben wird; die Zinsen aber verringern sich um soviel, so daß die Darlehen nicht teurer sind als aus anderen Amortisationskassen.

Aus Nr. 62 des Gornoslazak (Kattowitz)
vom 16. März 1907:

Godullahütte.

Sonntag, den 10. d. M. fand in der Kirche zu Godullahütte um 11 Uhr eine hl. Seelenmesse für den verstorbenen Herrn Erzbischof v. Stablewski statt. Unser Herz freute sich, als wir eine so große Zahl von Menschen zum Opfer gehen sahen, die sich von der Opferung bis zur Wandlung hinzog. — Daher danke ich allen Männern, Frauen und Jungfrauen mit einem: Gott bezahl's! — Aber unsere Jünglinge dauern mich sehr, denn sie nahmen in so kleiner Zahl an dem Opfer teil. Dafür sei den wackeren Jünglingen, die dem verstorbenen Erzbischof Liebe erwiesen und religiösen Sinn bekundet haben, ebenfalls herzlicher Dank

Godulski.

Aus Nr. 32 des Polak (Kattowitz)
vom 14. März 1907:

Betrifft den Frauen-Leseverein in Kattowitz.

Nur aus Neugier ging ich verfloffenen Sonntag in die Versammlung des „Frauenlesevereins“, und ich hatte keineswegs die Absicht, dem Verein beizutreten; aber der Verlauf der Versammlung gefiel mir so, daß ich mich als eine der ersten als Mitglied eintragen ließ. Alle Ansprachen, Vorträge und Deklamationen redeten zugunsten meiner Überzeugung und rührten mich bisweilen tief. Ich nahm aus der Versammlung den besten Eindruck mit fort. Aufrichtige Liebe umschloß alle Teilnehmerinnen der Versammlung, alle ohne Unterschied des Standes — fühlten sich als Schwestern. Ich verstand die Bedeutung solcher Vereine, den erhabenen Erfolg, den derartige gemeinsame Belehrungen bei Frauen und Mädchen und durch diese in unseren Familien erzielen können. Daher sporne ich unsere Frauen und Mädchen an, dem Frauenleseverein möglichst zahlreich beizutreten und an den Versammlungen eifrig teilzunehmen. Die wenigen Groschen werden sie nicht reuen, denn diese werden ihnen in anderer Form wiederkehren, die Zeit aber, die sie der Teilnahme an den Versammlungen widmen werden, wird nicht verloren, sondern lieb und nützlich verbracht sein.

Aus Nr. 62 des Gornoslazak (Kattowitz)
vom 16. März 1907:

Aus Alt-Zabrze.

Ich lese aus verschiedenen Ortschaften Klagen über Entlassungen aus der Arbeit und aus Kriegervereinen. Wen entläßt man denn aber? Polen! So ist es mir geschehen. Und aus welchem Grunde? Weil ich zugunsten Korsanths agitiert und am 25. Januar für ihn gestimmt habe. Ich wurde gemäß § 3 der Satzungen aus dem Kriegerverein ausgestoßen. Ich verstehe diesen Paragraphen ebenfalls zu lesen, und ich habe nichts gefunden, das meine Ausscheidung rechtfertigen würde.

Man setzte mir einen Termin zur Vernehmung vor dem Vorstand des Kriegervereins fest. Ich war zur Stelle, wie vor einem Staatsanwalt. Es befanden sich dort 12 bis 15 Personen. Ich denke, was wird hier mit mir geschehen? Der Vorsitzende verlas ein Protokoll, daß ich aus dem Verein ausgeschlossen sei. Ich frage ihn nach dem Grunde. Er entgegnete mir, der § 3 besage, wer ein Pole sei, der könne nicht im Kriegerverein sein. Ich fragte, wie viel Deutsche in dem Verein seien. Dieser Verein setzt sich nämlich nur aus Polen zusammen. Darauf erhielt ich keine

Antwort, er sprach nur etwas von Korsanthy, daß dieser so und so sei, daß er Polen wieder errichten wolle, daß man seiner Freunde in Kriegervereinen nicht bedürfe.

So kam mir nur in den Sinn, die Beiträge zurückzufordern, die ich 7½ Jahr an den Kriegerverein entrichtet hatte. Der Gesamtbetrag beläuft sich auf 15 Taler. Als ich diesen Betrag zurückverlangte, sagte er mir: Das gibt's nicht.

Ich frage, wo die Freiheit sei, von der so laut gesprochen wurde? Wo ist diese preußische Güte, von welcher in den Kriegervereinen soviel geschwätzt wird? — Sie ist nicht vorhanden!

Daher tretet, Brüder und Landsleute, solchen Vereinen nicht bei, denn die Deutschen tun nur großspurig, die Polen aber müssen den Mund halten und still sitzen; — sogar im bürgerlichen Leben dürfen sie nicht so auftreten, wie sie möchten. Tretet deutschen Vereinen nicht bei.

Ein ehemaliger Kriegervereiner.

Aus Nr. 31 der Gazeta Katolicka (Königshütte)
vom 9. März 1907:

Wie schadet das Radikalpolentum den oberschlesischen Arbeitern?

III.

In den letzten beiden Nummern der Gazeta Katolicka haben wir gezeigt, wie das Radikalpolentum dem oberschlesischen Arbeiter und zwar jedem einzelnen schadet und wie sich dies besonders in Zukunft auch bei der jetzt heranwachsenden im radikalen Geiste erzogenen Jugend fühlbar machen wird. Aber schon heute haben unsere Arbeiter dieses Vorgefühl, und zum Beweise hierfür geben wir hier eine uns aus Arbeiterkreisen überlieferte, in der Nummer 9 unseres Blattes veröffentlichte Zuschrift wieder:

„Die Redakteure der nationalpolnischen Blätter sind, wie der Katolik und Dziennik Slonski mit Recht behaupten, Musikanten; denn sie sitzen da und spielen, unser oberschlesisches Volk aber, das Musik gern hat, tanzt nach dieser Musik. Wie aber jede, noch so schöne Musik eingestellt wird, wenn die Tänzer ermatten, ebenso werden auch jene „nationalen Musikanter“ nach fünf Jahren alle n sitzen bleiben, weil sie nicht imstande sein werden, andere Musikkstücke zu spielen, als diejenigen sind, die sie jetzt spielen: „Pereat Centrum!“ Nach fünf Jahren wird für uns Arbeiter die Abrechnung mit der Tätigkeit der polnischen Fraktion erfolgen, und wehe euch, wenn ihr nicht alles durchführen werdet, was ihr uns durch eure Zeitungen und Aufrufe versprochen habt. Wir wissen es selbst, daß ihr mit uns so umgeht, wie die Musikanter in einem Bienenkorb. Wir arbeiten, ihr aber spielt und esset den Honig auf, kennt ihr aber auch das Ende dieser Musikanter gut? Spielt nur weiter! Nicht verblendete Polen.“

Aber nicht nur einzelnen Arbeitern, sondern auch den Organisationen wird Schaden zugefügt. Es muß hier festgestellt werden, daß die radikalpolnischen Arbeiterorganisationen in Oberschlesien den verschiedenartigsten Hindernissen begegnen, wenn solche Organisationen überhaupt gegründet werden. Diesen Hindernissen begegnen die radikalpolnischen Organisationen zunächst von seiten der Saalbesitzer, und dann natürlich auch von seiten der Aufsichtsbehörde, d. i. der Polizei. Heute weiß aber schon jeder Arbeiter, daß eine Arbeiterbewegung in größerem Maßstabe ohne Organisationen unmöglich ist, kleine hier und da und von Zeit zu Zeit veranstaltete Arbeiterversammlungen aber haben für eine große Arbeiterorganisation fast gar keine Bedeutung. Die Arbeiterbewegung wird so zersplittert,

die Kraft der Organisation wird gelähmt, und damit werden die Arbeiter ihres Einflusses auf die Gesetzgebung beraubt, die ihren wirtschaftlichen Bestrebungen behilflich sein soll. Man braucht kein großer Prophet zu sein, um vorauszusehen, daß die heutige von allen Parteien der Liberalen und Konservativen gebildete „nationale“ Mehrheit bereit ist, den radikalen Arbeitern jegliches Koalitionsrecht zu nehmen, weil die „nationalen“ Parteien diese Arbeiter für staatsgefährlich ansehen. Man darf daher erwarten, daß weit schärfere Mittel werden angewandt werden, mit denen man die radikalen Arbeiterorganisationen bekämpfen und schwächen wird, und durch alles das büßt der oberschlesische Arbeiter so gut wie alles ein. Wie viel besser haben es in dieser Beziehung die Arbeitermassen in den anderen Teilen Deutschlands. Den nichtradikalen Arbeitervereinigungen werden fast gar keine Schwierigkeiten bereitet, die radikalen Arbeiterorganisationen wird man dagegen zu unterdrücken suchen. Dadurch verliert der radikale Arbeiter die Möglichkeit, in Vereinsitzungen und in anderen Versammlungen gemeinsam über seine Lage zu beratschlagen, gemeinsam über die Mittel zur Hebung seiner Lage nachzudenken, sich zu belehren, zu ermutigen usw.

Hinzukommt, daß infolge der von den radikalen Führern und Blättern betriebenen Hege nicht uns die anderen Arbeiter in Deutschland von dem oberschlesischen Arbeiter abwendig gemacht werden, sondern es tritt geradezu eine Feindschaft zwischen den oberschlesischen und den übrigen Arbeitern Deutschlands ein. Die unaufhörlichen Angriffe gegen die nichtradikalen, arbeiterfreundlichen Parteien muß doch, wie wir dies schon einmal gezeigt, den geduldigsten nichtradikalen Arbeiter aufbringen und eine Kluft zwischen ihm und dem oberschlesischen Mitbruder bewirken. Nur durch gemeinsames Vorgehen aller katholischen, christlichen Arbeiter läßt sich ein Einfluß auf die Gesetzgebung ausüben. Wenn aber die radikalen Führer durch ihre Hege den Groll der nichtradikalen Arbeiter hervorgerufen haben werden, so werden die oberschlesischen Arbeiter von der allgemeinen Arbeiterbewegung in Deutschland ausgeschlossen werden, und die Regierung wird sicherlich diese Diplomatie und den Unterschied verstehen, und sie wird den anderen Arbeitern für sie günstigere Gesetze zukommen lassen, während sie den oberschlesischen Arbeiter sozusagen am Gängelbände halten wird. Und daß der größte Teil der oberschlesischen Arbeitgeber, die auf dem Standpunkt der sogenannten „nationalen Reichstagsmehrheit“ stehen und nationalliberal oder konservativ gesinnt sind, gern die Hand reichen werden zur Hintanhaltung der radikalpolnischen Arbeiter im Gegensatz zu den nichtradikalen Arbeitern in den anderen Teilen Deutschlands, das liegt klar auf der Hand.

So müssen denn gegen den radikalen oberschlesischen Arbeiter überall Feinde entstehen, die ihn bedrücken und seinen wirtschaftlichen Fortschritt hemmen, obgleich gerade der oberschlesische Arbeiter allerseits Freunde benötigt. Zu dieser Feindschaft haben ihn aber durch ihre Hege seine radikalen Führer gedrängt, die selbst natürlich nichts dadurch einbüßen werden. Er, der Arbeiter, möge alles zahlen!

Vielleicht wird es noch einige Jahre so gehen, daß dem Arbeiter von den radikalen Führern als einziger Erfolg und als einziges Ziel die Eroberung dieses oder jenes Mandats hingestellt, und daß er durch die Erklärung geblendet werden wird, zuerst müsse noch die Partei wachsen. Allein das Arbeitsfeld dieser Partei ist auf ein kleines Gebiet beschränkt, und dann hat alles sein Ende, dann muß man nicht nur schwagen, sondern auch „spielen“, d. h. dann muß man zeigen, was alles schon durchgeführt worden ist.

Der vernünftige Arbeiter sieht aber schon jetzt voraus, daß die radikalpolnische Partei, die sich vornehmlich unter den Schutz der Posener Großgrundbesitzer gestellt hat, diesen den oberschlesischen Arbeiter mit Haut und Haaren verschrieben hat, von ihm seine Stimme, sein Geld, sein Abonnement auf die radikalen Blätter, seine Kraft, seine Person fordert, und dafür hat er: für die Zukunft die Aussichten, daß es ihm noch schlechter gehen und daß er noch mehr bedrückt werden wird wie jeder andere Arbeiter in Deutschland. Und das haben ihm die radikalen Führer und ihre Blätter durch ihre zentrumsfeindliche Heße zugeschanzt.

Die Arbeiter müssen überall die polnischen Handwerker und Kaufleute unterstützen, diese müssen sich aber auch als glänzendes Vorbild in der bürgerlichen Arbeit erweisen und nicht stets auf die paar Deutschen Rücksicht nehmen. Landsleute! Ich hoffe, daß diese paar Worte euch zu besserer Arbeit anfeuern werden, daß ihr bestrebt sein werdet, die Versammlungen der Vereine und die öffentlichen Versammlungen zu überfüllen und daß in jedem polnischen Hause sich eine gute polnische Zeitung, vor allem unser Wiarus Polski befinden wird.

Woiciech.

Aus dem Innern und Westen Deutschlands.

Aus Nr. 58 des Dziennik Berlinski (Berlin)
vom 12. März 1907:

In der am 10. März 1907 in Berlin abgehaltenen polnischen Wählerversammlung wurde die nachstehende Entschließung angenommen:

Über 3000 Polen und Polinnen aus Berlin und Umgegend, welche am 10. März im großen Kellerschen Saale in der Koppenstraße versammelt sind, heißen das gegenwärtige Programm der Reichstagsfraktion, in welchem 19 Anträge enthalten und dem Reichstage vorgelegt worden sind gut und bitten die Abgeordneten, auch weiterhin die Verteidigung der Gesamtheit in aufrichtig nationalem und demokratischem Geiste zu führen. Diese Bitte wird z. B. des Abgeordneten der Polen Berlins und der Umgegend, Herrn Leo Czarinski, dem die Landsleute gleichzeitig ihr vollstes Vertrauen und ihre lebhaftesten Sympathien beifanden, niedergelegt.

Aus Nr. 56 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 8. März 1907:

R e u m ü h l.

Hier ist ein Lotterieverein „Dobre Szezęsć“ (Gut Glück) gegründet worden. Das Eintrittsgeld beträgt 3 Mk., der Monatsbeitrag 1 Mk. Die Versammlungen finden an jedem 2. Sonntag im Monat statt. Vorstand: Bartholomäus Wojtera, Vors., Bartholomäus Wrobel, Schriftführer, Anton Smulka, Kassierer.

Aus Nr. 59 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 13. März 1907:

Aus W a n n e schreibt man uns: Auch hier ist es nicht so, wie es wohl sein müßte. In Wanne wohnen doch gegen 9000 Polen, der polnischen Berufsvereinigungen gehören aber kaum 1000 an, und die Versammlungen der Vereinigung werden von kaum 24 Mitgliedern besucht, die zudem noch eine Stunde zu spät kommen. Sind die Erwerbsangelegenheiten den Arbeitern in Wanne gleichgültig? Die Notwendigkeit, die Landsleute zu unterstützen, ist auch noch nicht von jedem erkannt, haben in den Läden der Juden doch manchmal die Polen nicht Platz. Hat man gehört, daß die Juden je auf unserer Seite gestanden hätten; lesen wir nicht vielmehr im Gegenteil, wie sie in unserer Heimat mit den Skatisten Hand in Hand gehen, wie sie uns in den jüdischen Zeitungen noch oftmals, weil ihnen das „fajn“ erscheint. Gehe man nur durch so manche polnische Wohnung, dort findet man so viele deutsche Zeitungen, daß sich selbst die Wände krümmen. Wir haben hier zwei Sokolvereine, in den Versammlungen ist es aber meist leer, es kommt stets dieselbe Handvoll eifriger Mitglieder.

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 33 der Gazeta Robotnicza (Kattowitz)
vom 16. März 1907:

Aus der fiskalischen Saline in Hohensalza.

Seit der Zeit, wo der Schulstreik begann, entfaltete hier der polnische Berufsverband seine Agitation (der dazu gegründet ist, die Arbeiter in die Fallstricke des Adels zu locken, ebenso wie in Oberschlesien der Verband vergeblicher Hilfe).

Als der Bergrat erfuhr, daß sich hier der polnische Berufsverband ausbreitet, begann er nachzuforschen und entdeckte einen Arbeiter, der etwas lauter als die anderen waren. Dieser Mann arbeitete schon 25 Jahre in der Saline. Als er erfuhr, wie man in der Schule den Religionsunterricht behandelt, trat er dem polnischen Berufsverband bei, um durch ihn etwas in dieser Beziehung zu erreichen. Der arme Mann! Und der noch ärmere Berufsverband, der ihm mit seiner Frömmigkeit den Kopf so verdreht hat. Der arme Kerl begann viel Wesens davon zu machen und darzutun, daß er seinen Kindern nicht erlauben werde, die Religion in deutscher Sprache zu lernen, selbst wenn man ihn sofort in Stücke schlage, so daß ihm schließlich der Bergrat die Arbeit kündigte. Es ist ein unerhörter Terror der Kapitalisten, daß man den Arbeiter aus der Arbeit wegen seiner Überzeugung entläßt. Jeder Arbeiter nimmt eine solche Tatsache mit Entrüstung auf. Anders der polnische Berufsverband. Er versteht die Arbeiter mit frommer Miene zu täuschen, jedoch für den gekränkten Arbeiter einzutreten, das versteht er nicht. Er überläßt ihn dem Schicksal. Arm sind die Arbeiter, die in seine Schlingen geraten. Durch Gebete allein wird niemand einen hungrigen Magen sättigen, die Kapitalisten aber wird er erst recht nicht zwingen, die Rechte der Arbeiter zu achten. Der polnische Verband tat nichts zur Verteidigung des Geschädigten. Er tat nichts, weil er keine Kraft besitzt, etwas zu tun. Man kann den Zentralverbänden Unbequemlichkeiten bereiten, man kann sie verleunden, man kann also dem Klassenkampfe der Arbeiter mit den Kapitalisten schaden, aber das alles genügt noch nicht, für die Arbeiter irgendwelche Vorteile zu erringen. Das hat der polnische Berufsverband glänzend bewiesen. Eigentlich hat er doch etwas getan! In der Saline beschäftigte Arbeiter traten im Vertrauen auf die Phrasen des polnischen Verbands als seine Mitglieder in der Zahl 12 auf, indem sie sich mit dem entlassenen Kollegen solidarisch und die Arbeit in 2 Wochen niederzulegen erklärten. Was geschieht aber? Es naht das Ende der zweiten Woche, die Arbeiter gehen zum Herrn Bergrat und bitten ihn, sie in der Arbeit weiterzubehalten. Der erzürnte Bergrat nahm bloß einen Teil der Arbeiter an, die übrigen entließ er, der polnische Berufsverband aber rührte nicht einmal einen Finger, dem „uns fehlt die Kraft hierzu“. Die Arbeiter führen dabei schlecht. Sie wurden schändlich betrogen. Wozu soll der Berufsverband bestehen, etwa dazu, um seinen Mitgliedern Gebete beizubringen — dazu haben wir die Geistlichen — wie kann es der Verband wagen,

ihnen Konkurrenz zu machen? oder dazu, um die Rechte seiner Mitglieder zu verteidigen? Bisher hat der polnische Berufsverband stets nur gebetet, während der Zentralverband mit den Kapitalisten zum Schutze der Arbeiter gekämpft hat. Als unauslöschlicher Schandfleck bleibt bis jetzt auf dem frommen Verband das haften, daß er seiner Frömmigkeit ungeachtet nicht imstande war, sich der Arbeiter in der religiösen Frage anzunehmen. Wie soll ein solcher Verband um die Verbesserung der Existenz kämpfen, die für ihn eine untergeordnete Sache ist, wenn er in der wichtigsten Angelegenheit — der Religion — nichts auszurichten vermag? Brüder Arbeiter, laßt euch nicht von nationalen Verbänden jeglichen Schlages irreführen, denn durch sie gerät der polnische Arbeiter in noch größere Not und Armut. Grzybek.

Aus Nr. 75 der Gazeta Robotnicza (Kattowitz)
vom 21. März 1907:

Eine polnische Schule.

Kattowitz.

Deutsche kapitalistische Blätter teilen mit, daß unsere Nationalen in der Reichshalle eine polnische Privatschule zu eröffnen beabsichtigen, in welcher Mädchen im Alter von über 18 Jahren Unterricht in der polnischen Sprache, Geschichte und Literatur erteilt werden soll.

Die hakatistischen Blätter sind wütend, daß das ursprüngliche polizeiliche Verbot, das sich auf die Adam Mickiewicz-Vorträge bezog, diese Wirkung hervorgebracht hat. Die vor Wut rasenden preußischen „Kulturträger“ sind nicht mehr fähig, irgend eine Belehrung für sich anzunehmen. Diese Herren möchten sich nur der Ausnahmegeetze gegen alles, was nicht nach ihrem Willen ist, bedienen.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 112 der Nowa Reforma (Kraukau)
vom 8. März 1907:

Aus Posen und Berlin. Sitowski oder v. Jazdzewski?

Die hakatistische Presse hat, wie bereits aus den Depeschen bekannt geworden, die Nachrichten aus Rom, daß die Ernennung des Bischofs Sitowski zum Erzbischof von Gnesen-Posen gewissermaßen schon beschlossen sei, in Abrede gestellt. Derartige Dementis haben oftmals keinen tatsächlichen Wert und verraten lediglich die in gewissen Kreisen herrschenden Gesinnungen und Strömungen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Ernennung eines Polen für den kirchlichen Posten eine bittere Niederlage der Hakatisten sein würde, deren Presse von Anfang der erzbischöflichen Vakanz an sich die größte Mühe gab, die ganze deutsche Nation davon zu überzeugen, daß der Nachfolger des verstorbenen Erzbischofs v. Stablewski nur ein Deutscher sein könne. Es scheint auch, daß man in diesen Kreisen noch nicht die Hoffnung aufgegeben hat, daß es gelingen werde, dem event. Einverständnis zwischen der preußischen Regierung und dem Vatikan, dessen Ergebnis die Ernennung eines polnischen Geistlichen zum Erzbischof sein würde, vorzubeugen. Andererseits verdient die fast gleichzeitig vom Dziennik Berliński erhaltene Nachricht, nach welcher der für den erzbischöflichen Stuhl bestimmte Kandidat der Prälat v. Jazdzewski sein solle, Beachtung. Auch diese Nachricht entbehrt nicht gewisser Anzeichen der Wahrscheinlichkeit. Schon die vor acht Tagen von dem Prälaten v. Jazdzewski im Kultusministerium, in der Schulstreifangelegenheit, gemachte Visite gab Veranlassung zu verschiedenen Erklärungen.

Für die Möglichkeit, daß der Nachfolger des Erzbischofs v. Stablewski ein Pole sein werde, scheint auch die Tatsache zu sprechen, daß die hakatistische Presse schon seit einiger Zeit die Namen der angeblich für diese Stellung ausserkorenen deutschen Kandidaten nicht mehr nennt.

Aus Nr. 110 der Nowa Reforma (Kraukau)
vom 7. März 1907:

Die Regierung und die Parteien in Deutschland.

Aus verschiedenen Anzeichen kann gefolgert werden, daß der triumphierende Ton in den letzten Reden des Fürsten Bülow in deutschen Reichstage zum mindesten verfrüht war. Das Wahlergebnis änderte zwar die Lage im Reichstage bedeutend zu Gunsten der Regierung; die aus den „Reichsfeinden“: dem Zentrum, den Sozialdemokraten, Welfen und Polen zusammengesetzte Mehrheit wurde durch die den Sozialdemokraten bereitete Niederlage gebrochen und trat ihren Platz an die der Regierung wohlgesinnte Mehrheit ab. In Wirklichkeit aber hat die Regierung dadurch wenig gewonnen. Die neue Mehrheit setzt sich aus so verschiedenartigen Elementen zusammen, daß es schwer fallen wird, in ihr auf längere Zeit Harmonie und Zusammenschluß aufrecht zu erhalten. Es bindet sie ja weder ein engeres Bündnis, noch irgend ein Kompromiß. Die Regierung kann auf deren einmütige Unterstützung nur in bestimmten Fragen von allgemeiner Bedeutung rechnen, in anderen, spezielleren, namentlich auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete liegenden Fällen, muß diese Mehrheit jeden Augenblick zerschellen. So unterscheiden sich z. B. in wirtschaftlichen Fragen die Bundesgenossen der heutigen Regierung, die Freisinnigen, in ihren Bestrebungen von der zweiten Gruppe der gegenwärtigen Mehrheit, den Konservativen, wie Feuer und Wasser. Ja, es ist bis jetzt nicht einmal gelungen, die drei freisinnigen Parteien, obwohl deren Programme sich sehr ähnlich sind, in ein Ganzes zusammenzuschmelzen. Die nach dieser Richtung hin unternommenen großen Bemühungen führten lediglich zu einer gewissen Verständigung hinsichtlich der gemeinschaftlichen allgemeinen Ziele, keineswegs aber zu einer streng einheitlichen Aktion und zu einem Zusammenschluß. Die Erhaltung dieser Parteien bei der Regierungsfahne wird auch nicht wenig Opfer sowohl seitens der Regierung, als auch seitens der konservativen Parteien erheischen, denn es ist jetzt schon klar, daß die Liberalen sich mit geringen Zugeständnissen nicht zufrieden geben werden.

Als erstes derartiges Opfer der neuen Bundesgenossen wird, was bereits keinem Zweifel mehr unterliegt, der preußische Kultusminister v. Studt fallen. Seine Entlassung ist bereits beschlossen, aus verschiedenen Gründen jedoch angeblich bis Ende der Sitzungen des preußischen Landtages vertagt worden. Die Regierung möchte sie durch sachliche Rücksichten bemänteln, möchte den Eindruck vermeiden sehen, als hätte man einen konservativen und reaktionären Minister politischen Rücksichten geopfert. Möglicherweise gibt man sich in den Regierungskreisen noch der Hoffnung hin, er werde durch seine Rücksichtslosigkeit den polnischen Schulstreik brechen können. Als sein Nachfolger wird der jetzige Handelsminister Delbrück bezeichnet, welcher als ein mehr liberal denkender Politiker bezeichnet wird. Ob er jedoch das preußische Schulwesen auf die Bahnen wird lenken können, welche die Freisinnigen verlangen, das ist eine andere sehr heikle Sache. Der gegenwärtigen Regierung wird es ja wohl schwer fallen, sich in freisinniger Richtung so zu beugen, daß die liberalen Parteien sie mit reinem Gewissen unterstützen könnten.

Ein falscher Schritt seitens der Regierung kann genügen, daß die heutige unnatürliche Mehrheit vollständig zerschellt.

Darauf rechnet denn auch das Zentrum und schmiedet bereits Pläne, die eine derartige Katastrophe unter der Mehrheit beschleunigen sollen. Das Verhältnis zwischen dieser Partei und der Regierung spitzt sich immer mehr zu, wozu die halbamtliche Presse ehrlich beigetragen hat. So hat sie z. B. entdeckt, daß die Briefe des Fürsten Bülow an den Vorsitzenden des Flottenvereins, General Reim, deren Veröffentlichung einen derartigen Sturm hervorgerufen hatte, ein katholischer Beamter dieses Vereins, welcher gewissermaßen ein Sendling einer der geistlichen Zentrumsabgeordneten oder gar des Jesuitenordens war, gestohlen habe. Die Zentrums-Presse weist mit Entrüstung den Vorwurf zurück und die Polemik in der Angelegenheit nimmt einen geradezu heftigen Charakter an.

Für die polnische Reichstagsfraktion ist die Lage zwar nicht so günstig, als es sein würde, falls noch die alte Mehrheit bestände, sie ist aber keineswegs direkt ungünstig. Der neue Präsident des Reichstages, Graf Stolberg, wird sich vielleicht den polnischen Anträgen und Interpellationen willfähriger erweisen, als sein Vorgänger, unser ausgesprochener Feind, Graf Ballestrem. Das Zentrum muß schon notgedrungen, als Oppositionspartei, für ein gutes Einvernehmen mit der 20 Mitglieder zählenden polnischen Fraktion Sorge tragen, eine Wendung nach dieser Richtung hin ritt auch bereits in der Zentrums-Presse in die Erscheinung. Was dagegen die Freisinnigen anbelangt, so geht aus den von ihren Führern, den Abgeordneten Schrader im Reichstage und Gothein im preußischen Landtage, gehaltenen Reden deutlich hervor, daß sich ihre Stellung in Fragen der antipolnischen Politik nicht ändern wird, daß sie sich der Regierung und den Sakatisten nicht blindlings anschließen werden. Neuerdings hat ein hervorragendes Blatt dieser Richtung, die Frankfurter Zeitung, in einer ganzen Reihe von Artikeln deutlich nachgewiesen, daß die preußische antipolnische Politik unethisch, unklug und geradezu schädlich für Deutschland sei und es geradezu geboten sei, mit deren jetziger Richtung baldmöglichst zu brechen. Wir haben daher nach wie vor ein Attentat seitens des deutschen Reichstages gegen die Rechte und Interessen der polnischen Bevölkerung nicht zu befürchten . . .

Aus Nr. 105 des Dziennik Polski (Lemberg)
vom 3. März 1907:

Der preußische Polyp.

L e m b e r g, den 2. März.

Die hinsichtlich ihrer Ungeheuerlichkeit wirklich einzig dastehende preußische Ansiedelungs-Kommission macht sich wieder fühlbar, aus langjähriger Erfahrung aber wissen wir, daß eine jede ihrer Bewegungen neues Drangsal, einen neuen Schlag, ein neues Losreißen eines Stückchens von dem lebendigen Körper unserer unglücklichen Nation bedeutet. Der Schöpfer dieses Ungeheuers ruht im Grabe, sein Werk aber umspannt mit tausend Armen die polnischen Lande und bemüht sich, mit einem der stärksten Gifte — mit dem Golde — das polnische Leben zu töten.

Zwei Jahrzehnte sind verflossen, seitdem Bismarck dem großpolnischen Adel den Weg nach Monte Carlo gewiesen hat. Die Lehre war nicht umsonst. Auf dem Wege von Posen nach Monte Carlo ist Unkraut gewachsen, der Adel aber steht Schulter an Schulter mit dem großpolnischen Volke und führt mit ihm einen Verzweiflungskampf um die Erhaltung des heimat-

lichen Bodens. Das Endergebnis war, daß trotz der größten Bemühungen der goldspendenden Ansiedelungs-Kommission der polnische Stamm, wiewohl verwundet, bis heute unberührt blieb; das aber, was die Ansiedelungs-Kommission erringen konnte, das waren nur Spähne, die sich vom Stamme loslösten. Das polnische Leben ist nicht nur schwächer geworden, sondern in dem Kampfe noch erstarrt und die nationalen Verluste auf der einen Seite wurden auf der anderen fabelhaft schnell ersetzt.

Der Polyp ändert seine Taktik und vergrößert fortwährend die Dosis des Goldes, aber vergebens. Das polnische Leben steckt mit seinen Wurzeln so tief in dem polnischen Boden, daß die teuflische Macht der Ansiedelungs-Kommission sich als zu schwach erwies. Es müssen deshalb neue „Gesetze“ geschmiedet, neue Mittel und Wege erdacht werden. Die preußische Regierung, auf ihren siegreichen Wahlvorbeeren ruhend und im Vollbewußtsein ihrer Macht, speit ostentativ der Gerechtigkeit ins Gesicht und bereitet solche Gewaltmittel vor, die sicherlich Polen töten werden, plant ein derartiges Verbrechen, wie es Europa noch nicht gesehen hat. Es wird nämlich dem preußischen Landtage ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, auf Grund dessen die Ansiedelungs-Kommission berechtigt sein wird, jeden Polen seines Grundes und Bodens zu enteignen.

Das ist keine Vermutung mehr, das ist wirkliche Tatsache. Alle deutschen Blätter bestätigen es, daß das zwangsweise Enteignungsgesetz schon unterwegs sei. Obendrein sind bereits seitens der Regierung alle Parteien im Landtage vertraulich befragt worden, ob und inwieweit die Regierung auf deren Unterstützung rechnen kann und ob sie sich mit solchen „gesetzlichen Mitteln“ den Polen gegenüber einverstanden erklärte. Und es unterliegt keinem Zweifel, daß angesichts der gegenwärtig in Preußen herrschenden chauvinistischen Strömungen alle sich national nennenden deutschen Parteien sich, um nicht des Mangels an Patriotismus bezichtigt zu werden, dem Regierungsantrage anschließen werden. Der Patriotismus aber kommt vom Throne. In seiner Thronrede am 8. Januar hat ja Kaiser Wilhelm ausdrücklich angekündigt, daß in den polnischen Provinzen eine kräftige und nachhaltige Anwendung der von der Staatsregierung eingeführten Mittel notwendig sei, er kündigte auch einen neuen Gesetzentwurf an, nämlich, wie es sich jetzt herausstellt, das Projekt der zwangsweisen Enteignung der Polen von ihrem Grunde und Boden.

Was war die Veranlassung zu den geradezu räuberischen Absichten der preußischen Regierung? Der Jahresbericht der Ansiedelungs-Kommission weist nämlich nach, daß die Verdauung Polens sehr langsam von statten geht, daß es sogar in letzter Zeit mit ihr zu hapern anfängt, so daß sie außer frischen Millionen auch noch frischer, ihren Bedürfnissen entsprechender Rechte bedarf. Die der Ansiedelungs-Kommission zum Kauf angebotenen Landflächen werden immer kleiner, so daß sie in den letzten drei Jahren auf die Hälfte heruntergingen, wenn es also in diesem Tempo weiter so gehen sollte, wird die Ansiedelungs-Kommission nach einigen Jahren nichts mehr kaufen können, denn falls sie auch überzahlen wollte, würden die Polen sie daran hindern. Die Ansiedelungs-Kommission macht am liebsten Jagd auf große Rittergüter, diese sind aber jetzt gar nicht mehr zu haben, die größten Besitzungen, die ihr zum Kauf angeboten wurden, umfassen kaum 100 bis 250 Hektare. Am wichtigsten dabei ist der Umstand, daß die Ansiedelungs-Kommission vorwiegend deutsche Besitzungen ankauft. Im letzten Jahre z. B. stammten nur noch 10 vom Hundert der gesamten angekauften Fläche aus polnischen Händen, der Rest wurde von deutschen Besitzern gekauft, die unter dem Drucke des polnischen Elements die Ostmarken ver-

lassen. Um also den beinahe eine halbe Milliarde betragenden Fonds der Ansiedelungs-Kommission zu retten, greift die preußische Regierung zum Raube, und zwar zu einem um so schrecklicheren, weil gesetzlich sanktionierten.

Schwere Prüfungen stehen uns also bevor, die rohe Übermacht entreißt uns den Grund und Boden unter den Füßen, die preußische Faust erstickt in uns die Stimme, doch wollen wir den Mut nicht verlieren. Womit einer den Krieg führt, darin kommt er um. Ein Staat, der mit Gewalttätigkeit und Ungezügelmäßigkeit regiert, kann nicht lange bestehen und wird wahrscheinlich eher untergehen, als aus dem Samen die Eichen keimen werden, aus denen der Sarg für Polen angefertigt werden soll. —

Aus Nr. 104 des *Slowa Polski* (Lemberg)

vom 2. März 1907:

Aus dem preußischen Anteil.

Der Kampf mit der preußischen Regierung hat sich in letzter Zeit derartig zugespitzt, daß keine Rede davon sein kann, daß seitens der bedrückten Polen zuerst der Wunsch nach friedlicher Verständigung, um welches der Regierung hauptsächlich zu tun ist, ausgehen könnte. Weder die polnischen Abgeordneten, noch die Redakteure nationaler Zeitschriften oder die polnischen Geistlichen sind zurzeit imstande, die erregten Gemüter zu beherrschen. Die preußische Regierung gibt sich nach ihrer Art Mühe, die Widerspenstigen zu „biegen oder zu brechen“, denn ein Nachgeben aus freien Stücken würde eine nicht wieder gutzumachende Niederlage bedeuten; sie ist zu weit gegangen und da sie keinen Ausweg aus der schwierigen Lage sieht, macht sie gute Miene zum bösen Spiel und droht mit immer neuen Repressalien. Bei diesem Kampfe sind zwei grundsätzliche Fragen zu unterscheiden, nämlich die antipolnischen Regierungsverordnungen und die sogenannten halbamtlichen Verfügungen, d. h. willkürliche Schikanen preußischer Beamter, die zwar von der Regierung gern gesehen werden, immerhin aber nur den Zweck haben, die staatsstreuen Gefühle dieser Beamten kundzutun um dafür eine Belohnung in der Form klingender Münze zu erhalten.

Sinnsichtlich der ersteren, d. h. der amtlichen Schikanen können wir sagen, daß die preußische Regierung, obwohl sie einen großen Vorrat an Projekten besitzt, in weiterem Verlauf irgendein größeres antipolnisches Gesetz nicht riskieren wird und nicht riskieren kann. Außer den Repetitionszulagen, der Vermehrung der erschöpften Geldmittel der Ansiedlungs-Kommission um weitere 200 Millionen, der Fortsetzung der einmal beschlossenen Einschränkungen den Polen gegenüber, d. h. der von der Regierung eingenommenen und von den Polen nicht stark genug verteidigten Stellungen, brauchen wir zurzeit den Erlaß neuer Gesetze nicht zu befürchten, denn dies wäre selbst für die preußische Regierung ein zu gewagtes Spiel. Die in diesem Sinne verbreiteten Gerüchte können wir einerseits als schwache Drohungen der preußischen Regierung betrachten, andererseits aber als eine zielbewußte Sondierung der öffentlichen Meinung und Auskundschaftung, bis zu welchem Grade die Regierung den Bogen spannen darf, damit er nicht bricht und welcher Argumente sich die Polen in dem Kampfe gegen das Deutschtum bedienen wollen.

Dies wird durch die von der freisinnigen Posenener Zeitung gebrachte und durch das halbamtliche Wolffsche Telegraphenbureau in die Welt posaunte Nachricht bestätigt, daß die polnischen Abgeordneten des preußischen Landtages angesichts des Projekts einer Zwangsenteignung mit der Möglichkeit des Erlasses eines derartigen Gesetzes rechnen. Unter solchen Umständen hat die polnische Fraktion beschlossen, ihre Mandate niederzulegen

und den erbitterten Mengen der polnischen Bevölkerung die Wahl von Sozialdemokraten zu empfehlen. Auf die Weise würden die ersten Sozialdemokraten in den preußischen Landtag hineinkommen, wovon sich die Regierung, wie vor dem Feuer, fürchtet.

Die Nachricht ist natürlich verfrüht, obwohl ein derartiger Fall durchaus nicht als ausgeschlossen zu betrachten ist. Veröffentlicht wurde sie von der Posenener Zeitung und dies allein genügt für deren Glaubwürdigkeit, denn allgemein ist es bekannt, daß dieses Blatt mit der polnischen Landtagsfraktion keine Beziehungen unterhält, für die Verbreitung aber einer so sensationellen Nachricht sich in Berlin Blätter zur Genüge finden würden.

Sinnsichtlich der zweiten grundsätzlichen Frage in dem Kampfe mit dem Deutschtum, nämlich der willkürlichen Schikanen seitens der unteren und oberen Beamten, konnten wir aus den Antworten der preußischen Minister auf die Ausführungen der polnischen Abgeordneten eine gewisse Verlegenheit herausmerken; es fehlte ihnen die Kenntnis von diesen Tatsachen und die hafatistischen Beamten haben sich offenbar in manchen Fällen vergaloppiert, was der Regierung keineswegs erwünscht war.

So haben z. B. die preußischen Landräte, welche die Beschäftigung polnischer Saisonarbeiter verboten hatten, jetzt von der Regierung eine anderweite Weisung erhalten, denn das betreffende Verbot ist zurückgezogen und den Interessenten empfohlen worden, die betreffenden Anträge, in anderer Form, zu erneuern. **Überhaupt ist der Arbeitermangel die Achillesferse der preußischen Politik und mit seiner Hilfe läßt sich noch viel Gutes schaffen.**

Dafür nehmen die preußischen Beamten, um ihren Pflichteifer zu beweisen, zu Halbmitteln ihre Zuflucht, wie z. B. zur Aufkündigung der an die Polen verpachteten Regierungsparzellen, wie der Fiskus dies im Kreise Stargard angeordnet hat, weil sich dort die Kinder an dem Schulstreik beteiligen, ferner ordnete der Breschener Kreisschulinspektor an, daß es von jetzt ab nicht genügen solle, wenn der Vater mündlich oder schriftlich die Krankheit seiner Kinder anmelde, sondern er müsse ein besonderes ärztliches Attest — und zwar vom Kreisarzt (natürlich eines Deutschen) vorlegen, daß das Kind krank sei und die Schule nicht besuchen könne. Wenn der Vater dies nicht tue, solle er wegen Schulversäumnis in Strafe genommen werden.

Dieser Erlaß hat angesichts der entgegengesetzten gerichtlichen Urteile gar keinen praktischen Wert und ist nur auf Einschüchterung der Eltern berechnet. Bei der politischen Reise des polnischen Volkes im preußischen Anteil können derartige Halbmittel ihn lediglich zur Bloßstellung der preußischen Regierung beitragen, wofür den letzten Beweis unlängst der Minister des Inneren von Bethmann-Hollweg selbst hatte.

Bei seiner Besichtigung der Ansiedlungsgüter fragte er einen Ansiedler, wie es ihm in der „neuen“ Heimat gefiele worauf er die Antwort erhielt, daß es ihm ziemlich gut gefiele, nur könnte er sich mit den Polen nicht recht verständigen, aber er lerne bereits polnisch und werde in etwa drei oder vier Jahren ein ganz tüchtiger Pole sein.

Keine große Freude bereitet der Regierung auch die Lehrerschaft. Aus dem Regierungsbezirk Allenstein haben sich in diesem Jahre 11 Lehrer nach Westen begeben und viele andere bewerben sich um Stellen dortselbst. Im Westen werden nämlich anlässlich des außerordentlichen Bevölkerungszuwachses zahlreiche neue Schulen gebaut und die Stellen sind dort besser ausgestattet, wie im Osten, ganz abgesehen von den Nachschikanen seitens der polnischen Bevölkerung. In Oberschlesien fehlen 973 Lehrer, wir möchten wohl wissen, wo die Regierung die neuen „Kulturträger“ hernehmen will — vielleicht wird sie in dieser Hinsicht den Hauptmann von Köpenick um Rat befragen!....